zialistischen Aufbaues zu gestalten, das ist die Richtung, in der jetzt unsere Parteiorganisationen arbeiten müssen." („Inprekorr" Nr. 62 vom 23. April.)

Das heißt mit anderen Worten, Ihnen weitgehendst freie Hand bei der Ausbeutung der Arbeiter zu lassen, alles im Interesse des sozialistischen Aufbaues.

Der Achtstundentag.

Auch die Durchführung des gesetzlichen Achtstundentages läßt viel zu wünschen übrig. Von den vielen Uebertretungen selbst seitens der Organe des „sozialistischen" Staates wollen wir zwei drastische Beispiele herausgreifen. „Trud" Nr. 59 vom 12. März 1926 veröffentlicht einen Brief über die Zustände im ersten Sowjetkrankenhaus in Jurgew-Polski im Gouvernement Iwanowo-Wossnessensk, worin es wörtlich heißt:

„Die Waschfrauen des ersten Sowjetkrankenhauses haben sich an die Abteilung für die Erhaltung der Volksgesundheit mit einer Klage über den 10- und 12-stündigen Arbeitstag und über die schweren Arbeitsbedingungen gewandt. Für die Arbeit von acht Stunden hinaus erhalten die Waschfrauen nicht einmal eine Bezahlung. Die Waschküche ist sehr schlecht, im Boden klaffen die Bretter auseinander und infolgedessen zieht es an den Beinen. Die Fensterscheiben sind durchweg ausgeschlagen und mit Lumpen, Stroh und Holzscheiten verstopft. Obwohl Gewaschen werden muß dicht an den Fenstern, weil im Innern der Waschküche stets Halbdunkel herrscht. Der Wind bläst Schnee durchs Fenster und weht auf die heißen Schmerzen in den Händen klagen. Infolge Uebermüdung und Erkältung sind bei den Waschfrauen die Hände geschwollen und zeigen Geschwüre."

Nach der Schilderung der ergebnislosen Bemühungen zur Abhilfe heißt es zum Schluß:

„Auch an die Arbeiterkontrollkommission haben sich die Waschfrauen gewandt, aber diese Kommission pflegt sich in Sitzungen nicht öfter als ein bis zweimal im Jahre zu versammeln. Papiere sind geschrieben worden, und es ist geredet worden, aber die Waschfrauen arbeiten noch jetzt in der schlechten Waschküche 10 Stunden am Tage und mehr."

Ein Sanitäter schreibt im „Trud" Nr. 50 vom 20. März 1926 u. a. wörtlich:

„Angestellte des Medizinalressorts des Kantons Tschistopol haben mit Ungeduld das neue Budget ihres Ressorts erwartet, da sie große Hoffnungen auf eine Lohnerhöhung, bessere Verpflegung der Kranken und Anschaffung einer größeren Zahl von Medikamenten gesetzt hatten.

Aber alles ist beim alten geblieben: es ist weder ein Kollektivvertrag gemacht, noch die für den Beruf notwendige Kleidung angeschafft worden, der Lohn wird prinzessorisch, jedoch mit zweiwöchentlicher Verspätung ausgezahlt. Krankenschwestern erhalten in der Stadt 15 Rubel, in kleineren Ortschaften 13 Rubel. Sanitäter 32 Rubel, Aerzte 70 Rubel pro Monat ohne Rücksicht auf die Zeitdauer ihres Dienstes. In den Krankenhäusern der kleineren Ortschaften arbeiten die Aerzte 10 bis 11 Stunden pro Tag, ohne Extralohn für die geleisteten Ueberstunden zu erhalten. Es herrscht großer Mangel an Medikamenten, die Krankenhäuser haben bereits ihre ganze Reserve an Medikamenten verbraucht.

Fünfmal war die einberufene Kommission im Begriff, einen Kollektivvertrag mit dem Exekutivkomitee des Kantons zu schließen; sehr lange hat es gedauert, bevor man zu einem Einverständnis gelangt ist, nur auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens ist der Kollektivvertrag zu stande gekommen. Aber der Verwaltungsrat des Exekutivkomitees des Kantons hat sich davon gewußt, Kollektivverträge nicht zu erfüllen. Die Angestellten des Medizinalressorts können bisher ihren Lohn von vom Jahre vom 1052 Rubel und die restlichen 990 Rubel aus dem Jahre 1925 nicht erhalten, und dies trotz des Vollstreckungsurteils des Volksgerichts."

Die russischen Arbeiter leisten freiwillig Ueberstunden.

Der Volkskommissar für Arbeit, Schmidt, erklärte auf dem 6. Unionskongreß der Bauarbeiter:

„Bei den Arbeiten für die Vorbereitung von Baumaterial (Fällen und Zufuhr von Holz), wo ausschließlich bäuerliche Arbeitskraft verwendet wird, ist die Abweichung vom Achtstundentag unvermeidlich, da wir sonst die Aufgaben der Winteranfuhr eines Baugewerbes nicht lösen werden und andererseits den Arbeitern die Möglichkeit rauben werden, ihre Arbeitskraft auszunützen."

Und das trotz der dauernd steigenden Erwerbslosigkeit, die am 1. Dezember 1925 1 050 000 Arbeitslose bei 7 Millionen beschäftigten Arbeitern und Angestellten betrug. Nach den neueren amtlichen Berichten ist diese Zahl bereits erheblich überschritten. Die Rationalisierung vergrößert auch noch das Arbeitslosenheer, besonders durch den Abbau des Angestellten-Apparates.

Nach unwidersprochenen bürgerlichen Meldungen geschieht es nicht nur auf dem Lande, daß den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, ihre Arbeitskraft auszunützen". Auch die städtischen Arbeiter selbst in den großen Werkstätten in Moskau und Leningrad ergreifen in ausgiebigem Maße die Gelegenheit der Ueberstundenarbeit. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter mit dem gesetzlichen Achtstundentag nichts anzufangen wissen, wenn sie mit ihren Löhnen nicht auskommen können.

Dazu wird die Ueberstundenarbeit noch ungenügend bezahlt, worauf folgender Fall hindeutet:

„Die Kommission des Zentralkomitees der Bergarbeiter, die das Uralgebiet bereist hat, hat festgestellt, daß im Trust „Uralplatina" bedeutende Verletzungen der Arbeitergesetzgebung zu beobachten sind. Es werden Ueberstunden angeordnet, und die Arbeiter, die auch nachts Betrieben verstehen werden, werden nicht bezahlt usw. In Kisel werden Arbeitsgeräte, die ohne Schuld der Arbeiter erlosten, aber auch ohne Schuld der Betriebe (z. B. Verlagen des elektrischen Stromes), nicht bezahlt, und die Arbeit an Feiertagen wird unbezahlt."

Das Zentralkomitee hat die örtlichen Organisationen aufgefordert, einen energischen Kampf gegen die Ueberstunden zu führen und volle Lohnzahlung für die Arbeit an Feiertagen und Versetzung der Arbeiter in andere Betriebe durchzudrücken."

Die Arbeiter und die Sowjetorgane.

Diese soziale Lage der russischen Arbeiterklasse führt dazu, daß sie sich gegenüber den Maßnahmen der Sowjetbürokratie passiv verhält. Das kommt deutlich bei der Neuwahl der 2. Staatlichen Tabakfabrik „Proletarskaja" zum Ausdruck:

„In unserer Fabrik werden 600 Arbeiter beschäftigt, unter denen manchen die Frauen 60 v. H. aus. Schon lange vor den Betriebsratswahlen sprachen die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen davon, daß die Tätigkeit des Fabrikkomitees, in vielen Hinsichten viel zu wünschen übrig läßt, der Arbeitsamschaft vorsteht vollkommen, die Kulturkommission arbeite schlecht, über die Eröffnung einer Speisehalle spreche man

Fabrik seit drei Jahren, jedoch sei in dieser Angelegenheit noch nichts unternommen, die Kinderkrippe werde bald geschlossen werden usw. usw. Man sprach auch über den Vorsitzenden des Fabrikkomitees. Er wäre allerdings ein Mann aus den eigenen Fabrikreihen da er jedoch schon drei Jahre ununterbrochen Vorsitzender wäre, fühle er sich zu sicher und überhebe sich, es wäre an der Zeit ihn abzusetzen.

In der Wahlversammlung hat man zwar recht einmütig den Fabrikdirektor und den Sekretär der Zelle in den Vorstand gewählt. Die Arbeit des Fabrikkomitees wurde sehr schüchtern und schwach kritisiert.

Nachdem jedoch der Direktor während der Diskussion eine donnernde Verteidigungsrede zugunsten des Fabrikkomitees gehalten hatte, verstummte auch die schüchternste Kritik, und man lösterte sich zu: „Jetzt aber aufgepaßt, nicht opponieren, sonst könnte man entlassen oder in eine niedrigeren Lohnstufe versetzt werden." Und — selbstverständlich wurde der alte Vorsitzende wieder gewählt, und für all die anderen wurde auch so gestimmt, wie es sich gehört. Auf dem Heimwege wurde allerdings viel geschimpft, und man erellerte sich, jedoch dies alles führte zu nichts."

Die russischen Arbeiter sind enttäuscht und niedergeschlagen. Sie sehen nichts vom Sozialismus oder auch nur von Anfängen sozialistischen Werdens. Selbst Rykow zählt das in einer Rede vor den Funktionären einer Moskauer Bezirksorganisation zu:

„Zu meinem Bedauern habe ich in keiner einzigen Arbeiterversammlung das Empfinden gehabt, daß die Arbeiterklasse wirklich fühlt, daß sie den Moment erlebt hat, indem die ersten Grundsteine der neuen, sozialistischen Gesellschaft gesetzt werden." („Vor neuen Aufgaben". S. 42.)

Gewerkschaftsmitgliedschaft — eine unerwünschte Mehrbelastung.

Trotzdem die im Produktionsprozeß stehenden russischen Arbeiter fast ausschließlich den Gewerkschaften angehören, nehmen sie am gewerkschaftlichen Leben wenig Anteil. Die Beteiligung an Gewerkschaftswahlen ist sehr gering. Sie sind nur Gewerkschaftsmitglieder, weil sie sonst keine Arbeitsmöglichkeit erhalten oder entlassen werden. Deshalb ist die Beitragszahlung sehr unpünktlich und mangelhaft. Sie wird bei dem geringen Verdienst als unerwünschte Extrabelastung angesehen. So berichtet z. B. die Moskauer „Prawda" Nr. 54 vom 6. März 1926 von der Fabrik „Krassnoje Znamja" (Rotes Banner) in Petersburg, daß die Mitgliedsbeiträge für die Gewerkschaften von einem großen Teil der Arbeiter nicht entrichtet wurden:

„In der genannten Fabrik haben etwa 35 v. H. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht ihren Beitrag entrichtet. Es ist vorgekommen, daß die Arbeiter für die Zeit von fünf Monaten mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen rückständig sind. Ueber die Gründe der nicht rechtzeitigen Bezahlung der Mitgliedsbeiträge heißt es: „Der erste Grund ist die große Verschuldung der Arbeiter. Nicht selten ist der Fall, daß eine Arbeiterin bei der Lohnauszahlung nur noch einen Rest von 2 bis 3 Rubeln ausgehändigt bekommt. Für solch eine Arbeiterin ist es natürlich schwer, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, und wenn sie ihn für einen Monat nicht bezahlt hat, so ist es natürlich schwer, ihn dann für zwei Monate auf einmal zu zahlen. Es ist eine bekannte Sache, daß, wenn man am Lohntage nicht das Geld erhält, am Tage darauf nichts erhalten kann, da nur die augenblicke Erinnerung an die Lohnzahlung verbleiben ist."

Diktatur des Proletariats?

Alle diese Einzelheiten, die das wirkliche Leben der russischen Arbeiterklasse, ihr Verhältnis zu den staatlichen Betriebsleitungen, den Betriebsräten und Gewerkschaften, widerspiegeln, müssen jeden revolutionären Arbeiter die Frage vorlegen: ist das eine „Diktatur des Proletariats, wenn das Proletariat selbst alle Maßnahmen der Organe des „proletarischen Staates" resigniert und gleichgültig über sich ergehen läßt? Die Schlußfolgerung liegt dabei nahe, daß die „Sowjets", die formell ausübenden Organe der Arbeiterklasse sein sollen, über das Proletariat diktieren. Der Terror dieser Sowjetbürokratie, die vorhandene furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit lassen die Arbeiter sich in ihr Geschick fügen. Daraus folgt dann logisch, daß sie sich durchaus nicht mit dem Wohle der staatlichen Betriebe verbunden fühlen.

Die Bauernschaft ist die ökonomisch und somit auch politisch ausschlaggebende Klasse. Die Bolschewiki, die Staatsbürokratie, können nur herrschen als Vollstrecker derer Interessen. Die heutige Krise läßt die Bolschewiki drakonische Maßnahmen treffen. Die Staatsindustrie kann die Bedürfnisse der „Volkswirtschaft", d. h. der Bauern, nicht befriedigen. Die mangelhafte technische Ausrüstung, das Fehlen von Betriebskapital, die mangelnde „Arbeitsdisziplin", die bürokratische Organisation der Produktion und Verteilung verteuert die Industrieprodukte ungeheuer. Also Rationalisierung!

Die Sowjetbourgeoisie versucht nun den russischen Arbeitern die Rationalisierung, die verschärfte Ausbeutung, schmackhaft zu machen und ihr „Faulheit" ausreden. Mit den Schlagworten von der „Industrie als Grundlage des Sozialismus" und der „sozialistischen Akkumulation" verstoßt man, auch die ausländischen Proletarier für die russische Staatspolitik zu interessieren. Die wirkliche soziale Lage der russischen Arbeiter im Staate und in der „sozialistischen" Industrie zeigt schon diesen Unsinn.

Auf den Charakter der Krise in Verbindung mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit, sowie auf den Blödsinn der „sozialistischen Akkumulation" kommen wir noch später zu sprechen.

Einberufung „wachtige Kundgebungen"

Die KPD. hatte zum 16. Mai „wachtige Kundgebungen" geplant, und zwar gegen die Demonstrationen der monarchistischen Verbände, die am 16. Mai für ihren Kaiser demonstrieren. Damit die Wacht möglichst groß wird, wandte sich die KPD. auch an die SPD. und das Reichsbanner. Diese jedoch lehnten dankend ab, sind so vorher die ganze Geschichte schon wesentlich an Wacht. Daraufhin wurde der Rest von Wacht für den anderen Tag aufgespart. Die Demonstration der Monarchisten bleibt erlaubt.

Wir stehen zerbrauscht vor diesen unglaublichen Tatsachen. Die kapitalistische Regierung macht langsam einen Strich durch die Rechnung des Volksentscheids-Rummels, und nun will die KPD. mit der SPD. und dem Reichsbanner einfach Revolution machen. Wer konnte sich eine solche Niederträchtigkeit der SPD. vorausseben, die jetzt nicht mehr mit der KPD. an einem Strick ziehen will. Es ist also nicht die Schuld der KPD., wenn die ganze Sache sich als Schwindel entpuppt, die SPD. macht nicht mit. — wer konnte denn dies vorher wissen.

Serrati †

Aus Rom kommt die Meldung, daß Serrati, der langjährige frühere Chefredakteur des „Avanti" gestorben ist. Serrati spielte in der Hauptsache eine Rolle in der Frage des Anschlusses der italienischen Partei an die III. Internationale. Das scheinbar aggressive Auftreten der III. Internationale gegen Amsterdam, die Gründung der „Roten Gewerkschaftsinternationale" usw, machten ihn rebellisch und er solidarisierte sich 1922 mit der damaligen KAG. (Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft) unter Führung Paul Levi. Als er sich überzeugte, daß Rußland von dem scheinbar noch revolutionären Wege abwich und sich Amsterdam und der II. Internationale zu nähern begann, trat er für den Anschluß an die III. Internationale ein, mit der er unsomehr verwuchs, je mehr die III. Internationale das Steuer nach rechts herumwarf. Er starb, nachdem die III. Internationale das Programm Serratis fast angenommen hatte: die „Rote Gewerkschaftsinternationale" zu liquidieren und die Einheit mit der Sozialdemokratie wieder herzustellen. Die „Rote Fahne" feiert ihn als begeisterten Anhänger der III. Internationale, ihn, der sein Leben lang Sozialdemokrat geblieben ist.

Die Geißel der Arbeitslosigkeit

Aus Forst schreibt man uns: Das „neutrale" „Forster Tageblatt" in seiner Nr. 102 vom 2. 5. 26 schreibt:

„Die Zahl der Arbeitsuchenden ist demzufolge ständig im Steigen begriffen. Sie beträgt zurzeit rund 5000. Von einigen Hundert Textilarbeiter arbeitet nur ein ganz geringer Prozentsatz noch voll. Die allermeisten Betriebe arbeiten mehr oder weniger verkürzt. Die abstürzende Kurve in der Beschäftigung der hiesigen Industrie scheint den tiefsten Punkt noch nicht erreicht zu haben. Für Mai ist die Stillegung weiterer Betriebe und die damit verbundene Arbeiterentlassung bereits angezeigt."

Diese Tatsache, trotzdem jetzt, im Frühjahr, eine Reihe von Arbeitsuchenden auf dem Lande unterkommt! Auf Arbeiterdeutsch ausgedrückt, heißt das mit anderen Worten: ein schwaches Drittel der Arbeiterschaft arbeitet voll, ein reichliches Dritel arbeitet verkürzt, und ein ebenfalls reichliches Drittel ist voll — arbeitslos. Hier, in Forst, wie überhaupt in der Tuchindustrie der Lausitz, zeigen sich am schroffsten die weltwirtschaftlichen Beziehungen. Der Absatzmarkt ist für die Tuchindustrie zum größten Teil versperrt, teils durch die Konkurrenz anderer europäischer Tuch-Export-Länder, zum größten Teil aber dadurch, daß die mit den europäischen Tuchen begünstigten Importländer sich den Eintritt selbst herstellen und sich dadurch die Zwischenländerspesen und die Schiffsfrachten um den halben Erdball herum ersparen, da da sie zum größten Teil die Rohstoffe — Baumwolle — im eigenen Lande gewinnen.

Für die Arbeiter ist dies aber eine furchtbar ernste Mahnung, nun endlich die schon zu lang gehegte Illusion fahren zu lassen: „Es ist eben eine Krise wie schon manche frühere, die auch überwunden worden sind!" Von einer permanenten Krise, aus der es kein Herauskommen mehr gibt, reden bloß die unverbesserlichen Hetzer, denen es ein teuflisches Vergnügen macht, in die beunruhigten Arbeitermassen immer wieder Feuerbrände zu schleudnrn!"

Mitteilungen

Reichstreffen der KAJ. Pfingsten 1926.

Allen Berliner Genossen, Partei, Union und Jugend sowie Sympathisierende treffen sich am Bahnhof Gesundbrunnen am Sonnabend 6,30 Uhr abends, am Sonntag 5,30 Uhr morgens. Abfahrt der Züge am Sonnabend 6,48 Uhr, am Sonntag 6,08 Uhr. Fahrzeit für Hin- und Rückfahrt 1,90 Mk. Rege Beteiligung aller Genossen wird erwartet.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur

Berlin O 17, Warschauer Straße 49. Postscheckkonto Nr. 49029.

Durch besonders günstigen Einkauf von guten Büchern sind wir in der Lage, nachstehende Werke zu außergewöhnlich billigen Preisen abzugeben:

Auer, J.: Nach zehn Jahren, halbl.	3,—	M.
Bebel, A.: Aus meinem Leben, 3 Bände, halbl, statt 16	8,—	M.
— Die Frau und der Sozialismus, ganzl, statt 3,50	2,50	M.
Cunow, H.: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie statt 8,—	5,—	M.
Kampfmeyer P.: Geschichte der Gesellschafts-klassen, ganzl. statt 4,—	2,50	M.
Kropotkin, P.: Die französ. Revolution, gzl, statt 8,—	5,—	M.
Kulczykl, L.: Die russ. Revolution, die beste geschichtliche Schilderung der russischen Revolution bis 1913 3 Bd. halbl. statt 60,—	11,—	M.
Luxemburg, R.: Die Akkumulation des Kapitals.	4,—	M.
Landauer: Briefe aus der französischen Revolution, 2 Bände	8,—	M.
Liebknecht, K.: Reden und Aufsätze. statt 5,—	3,—	M.
— Zuchthausurteil geb. halbl. statt 2,—	1,50	M.
Laufenberg: Geschichte der Arbeiterbewegung Hamburg, Altona und Umgegend	6,—	M.
Literarischer Nachlaß Marx, Engels, Lassalle, 4 Bände Halbl.	16,—	M.
Marx-Engels, Briefwechsel, 4 Bände Halbl.	12,—	M.
— Gesammelte Schriften 2 Bände Halbl.	10,—	M.
— Briefe und Auszüge an Sorge.	3,—	M.
Marx, K.: Das Kapital, Volksausgabe v. Kautsky, geb.	6,—	M.
Das Kapital, Volksausg. v. Borchardt, brosch.	2,—	M.
Mehring, F.: Deutsche Geschichte	3,—	M.
Morgan: Die Urgesellschaft	4,—	M.
Rosenow, E.: Kulturbilder, Wider die Pfaffenherrschaft, 2 Bände	10,—	M.
Schulz, H.: Kulturbilder, Blut und Eisen, 2 Bände	10,—	M.
Zimmermann: Der Bauernkrieg	4,—	M.

Wir haben außerdem noch folgende Bände der alten Ausgabe der Internationalen Bibliothek am Lager, die wir zu Vorzugspreisen abgeben:

Nr. 1 Schulok, Entwicklungstheorie	2,—	M.
Nr. 9 Bebel, Die Frau und der Sozialismus	3,—	M.
Nr. 10 Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871	5,—	M.
Nr. 11 Engels, Ursprung der Familie	2,—	M.
Nr. 12 Marx, Das Elend der Philosophie	2,50	M.
Nr. 14 Engels, Lage der arbeitenden Klasse in England	2,50	M.
Nr. 17 Mehring, Die Lessinglegende	5,—	M.
Nr. 21 Dühring, Umwälzung der Wissenschaft	2,50	M.
Nr. 24 Marx, Revolution und Konterevolution	2,50	M.
Nr. 28 Dodz, Leben und Wissenschaft	2,50	M.
Nr. 30 Marx, Kritik der politischen Oekonomie	4,50	M.
Nr. 33 Deutsch, Sechsoohn Jahre in Sibirien	3,—	M.
Nr. 36, 37 u. 38a Marx, Theorie über den Mehrwert, 4 Bände	12,—	M.
Nr. 38 Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung	2,—	M.
Nr. 41 Deutsch, Viermal entflohen	2,50	M.
Nr. 49 Bloß, Bebel und die Verschwörung für die Gleichheit	2,50	M.
Nr. 50 Kautsky, Vermehrung und Entwicklung	2,50	M.
Nr. 51 Louis, Geschichte der Gewerkschaften in Frankreich	2,—	M.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Karl Sels, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49. Druck: Buchdruckerei Willy Imdorf, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 39

Kommunistische ArbeiterZeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint mehrmal wöchentlich. — Es beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zuschriften und Postanweisungen sind: Berlin NW 7, Nr. 400 29 Charlottenburg für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Regierungskrise

Die Regierung ist gestürzt. Den Anlaß bot die 2. Flaggenverordnung. Sie ist überhaupt ein Charakteristikum für die Stellung und Haltung des deutschen Kapitals. Schwarzrotgold hat gesiegt und die bösen Geister des Monarchismus ausgetrieben. Die schwarzweißrote Hexe ist trotzdem lebendig wie zuvor. Sie hat wieder, einen offensichtlichen Beweis für die Teufelei, deren sie fähig ist, geliefert. Ein ganz sauberes und nach allen strategischen Grundsätzen gut durchgearbeitetes Putschprojekt ist von dem republikanischen Grabschütter Severing der übrigens garnicht überraschten Mitwelt unterbreitet. Ein ganzer Koffer mit Material ist dem Oberreichsanwalt nach Leipzig zugeschickt worden. Waffenlager sind entdeckt. Die brave Severingsche Polizei hat mit wahrer Todesverachtung gegen ihre eigene Ueberzeugung aufdecken müssen. Zur Beruhigung aller Beteiligten befinden sich sämtliche Hochverräter in Freiheit, damit sie alles wieder in Ordnung bringen und weiter arbeiten können. Der Wille des Volkes ist das oberste Gesetz im Deutschen Reich wie in allen kapitalistischen Republiken. Im Parlament walten die Volkstrecker dieses köstlichen Willens. Sie stürzen Regierungen, die den trockenen Putsch wollen, und lassen die revolutionären Kräfte derselben Richtung wachsen, blühen und gedeihen. Damit wird nichts schlagender bewiesen als die völlige Belanglosigkeit und noch mehr die Nichtachtung, mit der das deutsche Kapital dem Parlament gegenübersteht.

Die Flaggenverordnung war eine glatte Provokation gegenüber den sogenannten republikanischen Parteien. Zentrum und Demokraten waren in dem Kabinett Luther vertreten und zwar das Zentrum durch seinen höchsten Funktionär, den Vorsitzenden der Partei. Die Vertreter beider Parteien haben sich durch Luther binden und verbieten lassen, ihren Parteien von dem bevorstehenden Erlaß der Verordnung irgend etwas mitzuteilen. Es war ihnen also bekannt und sie waren sich auch dessen bewußt, daß die mit der Flaggenverordnung verbundenen Ziele in ihren eigenen Parteien auf sehr starken Widerstand stoßen würden und daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Die Vorbereitungen entsprachen ohne weiteres denen eines Staatsstreiches. Luther war sich klar, daß er bei der Verwirklichung seiner Absichten auf keinen Widerstand innerhalb des Verwaltungsapparates und der Reichswehr stoßen würde. Ein offener Bürgerkrieg war nicht zu befürchten. Als letzter Trumpf war noch der Name und die Person Hindenburgs bereitgehalten. Luther hat alle Möglichkeiten vorbereitet, um die Umstellung auf schwarzweißrot zu erzwingen. Seine auf dem völlig richtigen Kräfteverhältnis des Reichstages basierende Einstellung hat sich nicht als völlig richtig bewiesen. Er hat sich für die Linke unentbehrlicher gehalten, als es sich in der Tat gezeigt hat. Die Untertänigkeit, mit der die Linke jeden Wink der Luther-Regierung befolgt hat, weil sie nach außen eine ihren Interessen angepaßtere Politik betrieb, als dies bei einer völlig rechts orientierten Regierung der Fall ist, hat bei Luther einen glatten Cäsarenwahnsinn entwickelt. Er fühlte sich immer mehr als der deutsche Duce, der Vollstrecker des deutschen Faschismus. Die bisher immer maßgebende Rücksichtnahme auf das Ausland, welches angeblich ungeheuren Wert auf die republikanische Vertrauenswürdigkeit Deutschlands legte, ist seit der ohne auswärtige Verwicklungen durchgesetzten Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls und Republikaners aus Nützlichkeitserwägungen, wenn man sonst weit in der geistigen Kapazität des jetzigen Staatspräsidenten gehen will, fast bis auf den Nullpunkt gesunken. Dazu kommt noch das offenbare Fiasko des Völkerbundes und der reibungslose Abschluß des Berliner Vertrages, der das Selbstbewußtsein der deutschen Imperialisten außerordentlich gestärkt hat. Sie wollen im Ausland wieder bewußt die Flagge des deutschen Säbels lüssen. Es ist ihr Kampfsymbol und soll auch den Begriff des alten Deutschland der Welt verkünden. Für das gesamte deutsche Kapital ist die Flaggenfrage kein ernsthafter Streitpunkt. Sie sind sich vollkommen darüber einig, daß die Zeit, Solange die Sozialdemokratie noch für das Finanzkapital zur Durchführung seiner außenpolitischen Pläne notwendig ist und eine Verschärfung der an und für sich schon gespannten inneren Lage infolge der rücksichtigen Konjunktur vermieden werden muß, sind die Demokraten für die Beibehaltung der „neuen" Farben.

Die Lockerung der Staatsautorität und die größere Selbstständigkeit der Massen, die die „Revolution" mit sich gebracht hat, ist ihnen für ihre Zwecke unbequem geworden. Sie wünschen nur die Ausdehnung ihrer Rechte und fürchten die „pflaumenweichen" Methoden verwirft und ihnen die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen beimißt. Er ist von einer tiefen Verachtung gegenüber dem Proletariat erfüllt, weil er im Laufe der Entwicklung, besonders der Inflationsjahre, die Erfahrung gemacht hat, daß man dem Proletariat sehr viel bieten kann. Augenblicklich hält er die Situation für sehr günstig, da die Gewerkschaften durch die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage gelähmt sind. Selbst die durch den einstündigen Generalstreik gehobene Stimmung der Arbeiterschaft schreckt ihn nicht zurück. Im Gegenteil, gleichzeitig bringt er noch eine sehr scharfe Abänderung zum Vereins- und Versammlungsrechts, die eine verschärfte Ueberwachung der Arbeiterschaft bedeutet. Es liegt System im Vorgehen der deutschen Bourgeoisie. Ihr Machtinstinkt ist angeboren. Die herrschende Schicht hält auch trotz Fürstenenteignungsrummel die Republik innerlich für so gefestigt, daß kein Hahn danach krähen wird, wenn sie eines Tages mauchlings ermordet aufgefunden wird. Die Flagge ist heute noch

England — Polen — Rußland

Der katastrophale Zusammenbruch des englischen Massenstreiks hat der geradezu widerlich sich gebärdenden Presse der III. Internationale ein wenig die Sinne verwirrt. Diese englische Gewerkschaftsstrategie und ihre „linken" Führer haben sich, in der Nähe besehen, als eine heimtückische Falle entpuppt, in die die III. Internationale nicht nur die englischen Arbeiter gelockt hat, sondern auch das gesamte Proletariat. Die „linken" Führer, allen voran der Phraseur Coock, verstecken sich vor den empörten Arbeitern, die vor dem Gewerkschaftshause in London demonstrieren, und der Säbel der Polizei demonstriert diesen Arbeitern, daß diese rechten und „linken" Führer das kostbarste Gut der Kapitalistenklasse sind, die mit stärksten Polizeikräften zu verteidigen sind. Selbst die Imprekorr muß melden, daß man in London 40 Arbeiter vor den Büros der Gewerkschaften zu Boden schlug. Sie „vergisst" hinzuzufügen, daß unter den Schützlingen der Londoner Polizei auch der russische Liebling Coock war. So verteidigt die Garde der internationalen Konterrevolution die Lieblinge der III. Internationale, vor denen die „Rote" Armee in Moskau das Gewehr präsentierte.

Die internationale Konterrevolution tritt in den verschiedensten Masken auf, doch die Geschichte reißt sie immer wieder erbarmungslos von den heimtückischen Fratzen. Der Sieg der englischen Kapitalisten und seiner weißen Garden wurde vorbereitet von Moskau. Moskau legte in seiner Gewerkschaftstrategie und ihre Phrasen Sinowjews über die „rechten" Verräter sollen nur eine bankrotte Politik retten, sollen den Arbeitern das System und die Methode des Arbeiterverrats möglichst verschleiern. Wenn die Arbeiter der KPD. nicht erkennen, daß sie sich durch ihren lächerlichen Autoritätsdusel mitschuldig machten an dem hinterhältigen Anschlag gegen die englischen Arbeiter, weil sie die eigenen Erfahrungen in den Kämpfen des deutschen Proletariats verleugneten und diesem hinterhältigen Anschlag begeistert zustimmten — dann muß der letzte Rest proletarischen Selbstbewußtseins vor die Hunde gegangen sein.

In Polen tobt der offene Bürgerkrieg. Nach den vorliegenden Meldungen ist der Kleinbürger Pilsudski, der „Demokrat", nicht davor zurückgeschreckt, die nationalistische Witos-Regierung mit den Waffen anzugreifen, sich durch gewaltsamen Umsturz in den Besitz der Macht sich durch gewaltsamen Umsturz in den Besitz der Macht zu setzen. In Polen herrscht seit Jahren ein unbeschreibliches Schreckensregiment gegen das Proletariat. Eine Spitzelorganisation, die sich über ganz Polen erstreckt, bringt jeden, der des Kommunismus verdächtig ist, vor die Henker. Ganze Dörfer sind flüchtig geworden, so berichtete die Imprekorr schon im vorigen Jahre. Findet die Gesuchten nicht, werden Frauen und Kinder dann jedem klar werden, daß die evolutionäre Theorie und Praxis nur Arbeit für den Kapitalismus bedeutet. Die SPD. hat den bürgerlichen Staat aus den Klauen des Bolschewismus mit dem Ertrag gerettet, daß er noch gestärkter und bewußter in der Anwendung seiner Klassenherrschaft den Kampf gegen das Proletariat führt. Der Sturz der Republik würde verschärften Klassenkampf bedeuten. Ein Teil der Bourgeoisie würde dies ganz entschieden begrüßen, weil er die jetzigen

Polen — Rußland

schweren Stiefeln auf dem Bauch herumzutrampeln. Die „Sozialdemokraten" — heißt es in diesem Bericht der Imprekorr — „rühren keinen Finger, sind sie doch mit Schuld an diesen Terrorakten. Sie denunzieren der Regierung alles, und liefern so einen Vorwand zu diesen unmenschlichen Terrorakten." — Zu derselben Zeit, November 1925, war Tschitscherin in Warschau, und die Regierung Witos veranstaltete zu Ehren Tschitscherins ein großes Festessen.

Die jetzt vor sich gehende Auseinandersetzung entspricht nicht der Aktivität des Proletariats. Das Proletariat ist in Polen hochstäblich zum großen Teil dem Verhungern nahe. Bürgerliche Zeitungen berichten, daß nahezu die Hälfte der Arbeiter arbeitslos sind, und von einer erwähnenswerten Unterstützung der Erwerbslosen ist gar keine Rede. Eine riesige Inflation treibt die Preise in die Höhe. Das Proletariat ist seiner revolutionären Organisation beraubt, die Besten sind zu Tode gemartert oder sitzen in den Gefängnissen. Doch durch den Bürgerkrieg zwischen dem Kleinbürger Pilsudski und der nationalistischen Witos-Regierung bekommen die Massen natürlich Luft. Es fehlt die Unterstützung der Internationale, der kühne Weckruf „der eisernen Kohorte der Weltrevolution". Wie verschiedentlich gemeldet wird, hat die russische Regierung erklärt, daß sie sich in die Verhältnisse in Polen nicht einzumischen gedenkt! Warum? In Rußland ist die Arbeitslosigkeit fast die gleiche. Rußland sucht „freundschaftliche Beziehungen" der kapitalistischen Regierungen, ganz gleich welchen Gepräges. Das wirklich revolutionär denkende Proletariat hat diesen Betrug längst durchschaut, und weiß, daß das kapitalistische Rußland gar nicht mehr daran denken kann, den Arbeitern zu helfen. Es hat andere Sorgen, die Sorgen der Mittel- und Großbauern. Wir fragen die Arbeiter der KPD., die immer noch an die „eiserne Kohorte der Weltrevolution" glauben, an die „bereitstehende „Rote" Armee"! Steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, angesichts der Zustände an den „Roten Grenzen", angesichts der offenen Verhöhnung des polnischen Proletariats durch die russische Bauernsowjet-Regierung? Angesichts der ausdrücklichen Zusicherung der „Sowjet"-Regierung, sich nicht „einzumischen". Merkt ihr nicht, daß der Popanz der „eisernen Kohorte der Weltrevolution" nur dazu da ist, euch durch Hoffen und Harren ganz zum Narren zu machen?

Die III. Internationale hat ihre Anhänger auch in Polen zur PPS. geschickt, mit dem Auftrag, eine „Einheitsfront" zu schließen. Die Antwort war, sie sollten machen, daß sie fortkämen. Sie hätte keine Lust, sich mit ihr einzulassen, dieweil die russischen Regierungsvertreter ihren Geschäften nachgehen und der neuen Ausbeuterregierung kräftig unter die Arme greifen.

Wann werden die Arbeiter der III. Internationale begreifen, daß, wer diese „Internationale" und ihre Politik unterstützt, der proletarischen Revolution das Grab gräbt?

der einzige, schäbige Rest der republikanischen Herrlichkeit, sonst ist schon alles beim Alten. Sie wird genau so wie die ganze Reppublik im Verordnungs- und Verwaltungswege abgeschafft.

Viele kluge Leute fragen sich, warum wird denn gerade jetzt die Flaggenfrage aufgerollt? Hat die Regierung nichts wichtigeres zu tun? Dieses Rätselraten ist sehr müßig. Es kam nur auf die Provokation, auf den Anlaß zum Kampf an. Das Mittel war im Grunde gleichgültig. Es mußte nur geeignet sein, den Aufmarsch beider Richtungen zu veranlassen. Die Flaggenverordnung war auch gleichzeitig der Maßstab für die gegenseitige Kampfesstärke. Die KPD. wird dabei kaum noch als zu beachtende Größe eingeschätzt. Sie ist durch die Bündnispolitik mit Rußland völlig gebunden und hat militärisch völlig abgebaut. Die „neue" Richtung und ein Befehl Moskaus sind genügende Garantien.

Auf der anderen Seite drängt die wirtschaftliche Lage zu einer Entscheidung. Das Millionenheer der Arbeitslosen mit den immer mehr steigenden Forderungen und die ständig zurückgehenden Einnahmen des Staates, die wachsende Unruhe in der Bevölkerung, die geringen Zukunftsaussichten verlangen gebieterisch einen Abbau der Sozialpolitik — am Profit darf nicht gerüttelt werden. Es ist zu erwarten, daß die Sozialdemokratie sich aus Selbsterhaltungsgründen heftig wehren wird. Der Kampf gegen die bisher noch mit Vorsicht behandelten Sozialdemokraten wird nunmehr mit voller Wucht einsetzen. Besonders das Reichsbanner, trotz seiner unglaublichen Harmlosigkeit, ist der Hauptangriffspunkt. Es ist die wertvollste Stütze für die SPD. Die Justiz ist wie immer der erste Angreifer. Sie hat als Aufgabe die Diskreditierung der Arbeiterorganisationen als Störer der öffentlichen Ordnung. Die letzten Vorstöße hielt man schon als genügende Vorbereitung. Das Kapital will den Kampf, während die Arbeiterschaft nicht nur jede Auseinandersetzung vermeidet, sondern auch in äußerst schlapper Art die Defensive führt. Wir haben uns nicht schützend vor die Republik, die SPD. und das Reichsbanner zu stellen und mit ihnen eine Schutz- und Einheitsfront zugunsten der Republik zu bilden. Es geht um die Existenz der Arbeiterklasse, die gerade durch die bürgerliche Republik nicht geschützt worden ist und auch nicht geschützt werden kann. Der Front des Kapitals haben wir die revolutionäre Front der Arbeiterschaft gegenüberzustellen. Der Kampf darf nicht in das stille Wässerchen der Republik abgelenkt werden. In offener, breiter Klassenfront muß aufmarschiert werden.

Politische Rundschau

Die neueste Regierung

„Reichspräsident v. Hindenburg hat den **bisherigen Reichsjustizminister Marx** zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Herr Reichspräsident **auf Vorschlag des Reichskanzlers Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Aemtern bestätigt.**"

Damit ist dokumentiert, was jedem Einsichtigen klar war: Der Kurs wird fortgesetzt. Herr Marx, für den die deutschen Proleten sich bei der letzten Wahl ereiferten, ist durchgefallen, und nun ernennt ihn sein „Gegner" zum Reichskanzler. Der „Republikaner" Marx war übrigens im Kabinett Luther Justizminister, aber es fiel ihm gar nicht ein, auch nur einen Ton gegen diese Flaggenverordnung zu sagen. Damit tritt an die Stelle Luthers Marx, der mit Luther an einem Strang zog. Diese Tatsache charakterisiert diesen „Kampf" gegen Luther als eine Komödie, die selbst dem parlamentstreuesten Arbeiter zu denken geben sollte. Selbstverständlich hat das neue Kabinett die Zustimmung des demokratischen Zentrums und der Demokratischen Partei. Die Sozialdemokratie ist nicht gefragt worden. Der „Vorwärts" schreibt, daß man beim „Volksentscheid" abzurechnen gedenkt. Da wird wohl kein Stein auf dem anderen bleiben.

Fortsetzung des Volksentscheid-Rummels

Amtlich wird gemeldet: „Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, hat die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am **Sonntag, den 20. Juni** statt." Das ist für die parlamentarischen Phrasendrescher ein gefundenes Fressen. Das Proletariat kann dann wenigstens mit einer neuen „Aktion" eingespannt werden, um über den gewaltigen „Sieg" der englischen Bergarbeiter nicht länger nachzudenken. Die allgemeine Lage des Proletariats — ein großer Teil ist schon am Verhungern — braucht dringend Zeitvertreib, und der „Rote Frontkämpferbund" muß doch auch „kämpfen". — Die Sozialdemokraten, auch die Moskauer, können sich über die Regierung wirklich nicht beklagen.

Die Demokratie marschiert

München, 15. Mai. (WTB.) Der Verfassungsausschuß des Landtages nahm in der fortgesetzten Beratung des Regierungsentwurfs **zur Abänderung der bayerischen Verfassung** mit den Stimmen der Koalitionsparteien und des Völkischen Blocks den Artikel 2 an, **der das Wahlrecht bei den Gemeinde- und Kreiswahlen von der Vollendung des 25. Lebensjahres abhängig macht.** Minister des Innern Stützel hatte im Laufe der Aussprache betont, daß vom Standpunkt der Reichsverfassung aus **keinerlei Bedenken** gegen die rechtliche Zulässigkeit der in Aussicht genommenen Regelung erhoben werden könnten. In der Gesamtabstimmung über den Regierungsentwurf fand dieser gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten Annahme.

Die bürgerliche Demokratie „verfliegt" eben so langsam. Man kann mit Hilfe der demokratischen Verfassung die Demokratie selbst in nichts auflösen, sie läßt sich kneten, biegen, dehnen, hämmern, wie man sie gerade braucht. Man holt sie hervor, wenn die Arbeiter einmal um sich schlagen, und stellt sie wieder weg, wenn der Prolet sich beruhigt, oder wenn man ihm genügend Zaumzeug umgelegt hat. Ursprünglich sollte einmal auf dieser Demokratie in den „Sozialismus" hineingerutscht werden. Aber es „sollte" ja nur. Heute ist dieser Traum verflogen. Die Demokratie hat ihre Schuldigkeit getan — sie kann gehen.

Eine „unsagbar traurige" Rolle

Dem Mitteilungsblatt der KPD.-Opposition (Katz-Gruppe) entnehmen wir einem Artikel: „Trauerspiel in England" folgende ganz treffende Ausführungen:

„Auch hier liegt natürlich die Ursache des Zerfalls der kommunistischen Bewegung in der Beherrschung der Komintern durch die ökonomischen Interessen des russischen Agrarstaats. Den Ansuchen des russischen Staats um Kredite und Verträge begegnete die engliche Regierung solange mit dem Verlangen der Einstellung jedwelcher kommunistischer Propaganda von Moskau aus, bis das russische auswärtige Amt auf die Komintern den entsprechenden Druck ausübte (s. offiziellen Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation). Die kommunistische Agitation wurde abgebremst, die Revolution zur Kinderkrankheit erklärt und **durch den reformistischen Betrug der „Einheit der Gewerkschaften" ersetzt.** Statt die englischen Arbeiter in jedem Teilkampf zu selbständigem revolutionären Auftreten gegen die herrschende reformistische Gewerkschaftsbürokratie aufzurütteln, **suchte die Komintern jetzt gerade die Gewerkschaftsbürokraten zu gewinnen,** und sie trommelte von „gewaltigen" Erfolgen, wenn einer dieser Bürokraten sich einmal für den Bauernfang der „Einheit und Gewerkschaften" aussprach oder nach Rußland zu Besuch kam und dort einige seiner kleinbürgerlichen Reformwünsche für teilweise verwirklicht erklärte. **Moskau bekämpfte nicht die Reformisten, sondern umschmeichelte, förderte, stützte sie.**

Was Moskau als einen „Sieg der linken Gewerkschaftler" aufmachte, war in Wirklichkeit die verräterische Preisgabe der schon hier und da rebellisch gewordenen Massen an die alte Bürokratie. Je mehr man die „linken Gewerkschaftler" emporhob, desto weniger konnten sich die Kommunisten gegen sie durchsetzen. Der Einfluß der Kommunisten verminderte sich mehr und mehr. **Die „radikalsten" Gewerkschaftler erklärten sich als Gegner des Kommunismus. Die „linkesten" Sozialisten schlossen die Kommunisten aus ihren Reihen aus.** Vom eigentlichen Leben des englischen Proletariats wurden die paar Kommunisten so gut wie isoliert. Wenn irgendwo, so zeigte sich in England, **daß die „Einheitsfronttaktik" jede kommunistische Bewegung tötet.**

In grauenvoller Größe erweist sich das beim jetzigen Generalstreik, dem Abwehrkampf des englischen Proletariats gegen den Abbau seines bescheidenen Lebensstandards durch Lohnkürzung und Rationalisierung. **Weder auf Entstehung noch auf Führung des Streiks haben die Kommunisten irgendwelchen Einfluß. Wenn die Komintern mit großsprecherischen Proklamationen und „der ADGB. muß"-Predigten zwischen den Rädern des Wagens der Geschichte umherspringt, so hat man dabei das Gefühl des Amüsements und der — Trauer, das man im Zirkus über den Clown empfindet, der zwischen den Leitern und Seilen der Artisten umherhoppst, mit bombastischen Zurufen sie ermuntert und beim Beifall des Publikums sich mitverbeugt, als ob er das alles gemacht habe und dafür von den Artisten und Artistinnen gelegentlich einen Tritt in den Podex bekommt, wofür er sich ebenfalls dankend verbeugt. Beim Generalstreik in England spielten die Kommunisten diese unsagbar traurige Rolle des Clowns.** Der einzige kommunistische Abgeordnete Saklatvala wurde verhaftet, weil er eine „aufrührerische" Rede gehalten haben soll". Aber: „gegen Stellung einer Kaution und **Verpflichtung, keine öffentlichen Reden mehr zu halten (!!!) wurde er wieder freigelassen".** (NAZ., Organ der KPD., vom 6. 5. 26.) Ist diese Clowniade nicht schmachvoll?! Die KPD. arbeitet einen bombastischen Aufruf aus, sofort auch in Deutschland „nach englischem Muster den Kampf zu organisieren", ein Aufruf, der bei der jetzigen völligen Bedeutungslosigkeit der KPD. ohne jede Wirkung auch nur in einem einzigen Dorfe blieb. Aber die KPD. tröstet sich. Denn wenigstens der ADGB. tut so, als wenn er etwas täte. Und das hat er selbstverständlich nur „unter dem Drucke" des Aufrufs getan. Die „Rote Fahne" erzählt ihren Lesern großspurig, daß „durch die Genossen Thälmann und Heckert im Bundesvorstand des ADGB. eine Reihe von Vorschlägen zur Unterstützung der englischen Arbeiter und zur Ausnutzung der Lage zugunsten der deutschen Arbeiterklasse" gemacht worden sind, woraufhin dann der ADGB. „gemußt" hat. Und nun enthüllt der ADGB. („Vorwärts", 6. 5. 26), daß die Helden Thälmann und Heckert garnicht im Bundesvorstand waren, **sondern nur hinwollten,** aber ankamen, als die Sitzung, in der jene Scheinbeschlüsse gefaßt wurden, **schon zu Ende war,** worauf sie nach dem Reichstag zurückkehrten und den „ADGB. muß"-Brief Herrn Graßmann dort überreichten! Die Antwort auf den Brief veröffentlicht der ADGB. unter dem Titel „Eine verdiente Abfuhr". Die KPD. kriegt wieder den obligaten Tritt in den Podex und die Belehrung, daß sie in solchen Angelegenheiten weder über die notwendigen Erfahrungen noch Verantwortung verfüge und sich damit begnügen solle, „die den Gewerkschaftsmitgliedern in kürzester Frist zur Kenntnis gelangenden Beschlüsse ihrer Verbandsleitungen und der Bundesleitung tatkräftig zu unterstützen". **Gibt es etwas Schmachvolleres, Traurigeres als diese Abfuhr?!**

Leider gibt es noch Traurigeres. Die Komintern hat den gutmütigen so überaus opferbereiten russischen Arbeitern seit Jahr und Tag vorgelogen, daß durch die reformistische Taktik der Einfluß der Kommunisten in allen Ländern der Welt, vor allem in England, stetig wachse. Genährt wurde diese Lüge durch die frevelhaft verlogenen „Berichte" aller Sektionen, die für das Geld aus Moskau auch Erfolge melden müssen. So glaubt der gute russische Arbeiter fest daran, daß der Generalstreik in England der Erfolg der Komintern-Politik ein Wetterzeichen der Welt-Revolution und der Bruderruf des englischen Arbeiters zum russischen sei. Er ist heller Freude voll, opfert von seinem kargen Lohn begeistert für den englischen Bruder, zieht durch die Straßen der russischen Städte mit roten Fahnen und Transparenten — und nun geschieht das Entsetzliche: **die englischen Gewerkschaftsbürokraten weisen das Geld gerade der russischen Arbeiter zurück.** Das Geld selbst der Australier, der gelben Gompersleute, der Christlichen, das Geld wird angenommen, es stinkt nicht, aber der Scheck der russischen Gewerkschaften wird dankend zurückgeschickt. Noch hat die KP.-Presse ihren Lesern dieses historische Faktum nicht richtig mitzuteilen gewagt. Sie weiß noch nicht: wie sage ich es meinen Kindern. Aber dringt erst die Bedeutung dieser entsetzlichen Abfuhr in das Bewußtsein der russischen Arbeiter: es wird ein grausiges Erwachen geben. **Die kommunistische Clowniade in England wird vielleicht zur furchtbaren Tragödie in Rußland werden."**

Dieser Kritik braucht an sich nichts hinzugefügt werden. Aber wenn die „Katz-Gruppe" erklärt, daß **Moskau die Revolution durch den „reformistischen Betrug der „Einheit der Gewerkschaften" ersetzt hat,** und weiter, **„daß die „Einheitsfronttaktik" jede kommunistische Bewegung tötet",** so müßte daraus folgern, daß die Katz-Gruppe nun auch endlich konkret zu diesen Fragen Stellung nimmt. Bis heute ist jedoch davon so gut wie gar nichts zu merken. Hat die Katz-Gruppe Angst, den Anschluß an die Korsch-Gruppe zu verlieren, wie die Korsch-Gruppe aus „taktischen Gründen" mit den Urbahn-Scholem gut Freund bleiben will, trotzdem sie wissen, daß die Scholem Urbahns es nicht mit der Zentrale verderben wollen? — So lange eine Plattform fehlt, sind alle starken Töne — mögen sie im Zusammenhang noch so richtig sein — nur Lufthiebe, die die Position des Kulaki-Kurses nicht erschüttern, weil dem keine positive Grundlage gegenübersteht.

„Wege der Liebe"

Von A. Kollontay.

(Schluß.)

Ich dachte, nun haben mein Mann und ich einen gemeinsamen Schmerz, vielleicht wird er jetzt an mich denken ... Nein! Auch der Schmerz half nichts. Er kam nicht einmal zur Beerdigung des Kindes, er hatte eine dringliche Sitzung. So blieb ich allein im Hause ... Ohne Arbeit, ohne Verdienst.

Arbeit fand ich, im Rayon gab es genug zu tun. Aber was den Verdienst betraf, davon war keine Rede. Es war auch peinlich zu bitten, wo es soviel Arbeitslose gab. Außerdem war es allen bekannt, daß mein Mann Wirtschaftsbeamter war. Wie sollte ich da bitten? Und man kann auch jetzt keinen Erwerb finden! — Ich habe mich bemüht, mich erkundigt ... es war mir schwer, meinem Mann zur Last zu sein, da wir uns so fremd geworden waren, aber es gab keinen Ausweg. Ich faßte mich in Geduld. Immer erwartete, erhoffte ich etwas ... Wir Frauen haben ein törichtes Herz. Ich sah doch, daß die Gefühle meines Mannes nicht mehr die alten waren, und ich selbst fühlte auch mehr Kränkung und Bitterkeit als Liebe ihm gegenüber — und doch glaubt man, es vergeht! Wenn seine Liebe wiederkehrt, wird alles wieder gut, wie früher ... Und man wartet. Jeden Morgen erwacht man in dieser Hoffnung. Man eilt von der Arbeit im Rayon nach Hause, vielleicht ist er schon da und allein? Und wenn er auch da ist, ist es doch, als sei er nicht da, er sieht einen nicht, ist mit seinen Sachen beschäftigt. Kameraden kommen, die Nepmänner ... Und immer wartet man, immer hofft man ... Bis zuletzt das geschah, weshalb ich fortgegangen bin ... Auf immer fort, ohne je zurückzugehen.

Ich kam gegen Mitternacht von einer Versammlung nach Hause. Ich wollte Tee trinken und stellte den Samowar auf. Mein Mann war noch nicht da. Ich erwartete ihn auch nicht. Da höre ich, wie im Vorzimmer die Tür aufgeht. Also, mein Mann ist heimgekommen, er hat jetzt seinen eigenen Schlüssel, um mich nicht zu stören. Während ich noch mit dem Samowar beschäftigt bin, fällt mir ein, daß ein Eilpaket für ihn da ist. Es liegt aber in meinem Zimmer; ich lasse den Samowar stehen, und bringe ihm das Paket hinein. Ich sehe und kann es so wenig fassen wie das erstemal: Da steht mein Mann und neben ihm eine hohe, schlanke Frau. Beide wenden sich nach mir um .... unsere Blicke treffen sich, ich sehe, er ist nüchtern ... Das tat weh, so weh, daß ich hätte aufschreien können. Auch die Frau wurde verlegen.

Uund ich ... ich weiß selbst nicht, wie ich das Paket so ruhig auf den Tisch legen konnte und sagen: „Da ist ein Eilpaket für dich!" Dann ging ich. Als ich aber allein war, zitterte ich wie im Fieber. Ich hatte Angst, man könnte es nebenan hören, legte mich auf mein Bett und zog die Decke über den Kopf. Ich wollte nichts hören, nichts wissen, nichts fühlen ... Aber die Gedanken jagen sich ... quälen ...

Ich höre, wie sie flüstern ... Sie schlafen nicht ... Die Stimme der Frau klingt lauter, als mache sie ihm Vorwürfe. Vielleicht ist sie seine Freundin, und er hat sie betrogen, hat ihr gesagt, daß er nicht verheiratet ist? Vielleicht verleugnet er mich auch jetzt? Alles habe ich durchdacht, durchlitten ... Als er damals in seiner Trunkenheit die Prostituierte brachte, habe ich mich nicht so gequält, obgleich es auch bitter war ... Jetzt war es mir klar, daß er mich nicht mehr liebte! Nicht einmal als Kameraden, als Schwester ... Eine Schwester hätte er geschont, hätte keine Frauen mitgebracht ... Und was für Frauen ... Käufliche von der Straße! Sicher ist auch die so eine! Eine andere würde nachts doch nicht mitgehen! Und plötzlich packte mich solche Wut gegen sie, daß ich fähig gewesen wäre ins Zimmer zu stürzen und sie mit meinen eigenen Händen aus dem Haus zu stoßen. So quälte ich mich bis zur Morgendämmerung. Ich hatte kein Auge geschlossen. Nebenan war es still geworden ... Plötzlich höre ich auf dem Korridor Schritte, vorsichtige, als wolle jemand fortschleichen. Ich merkte, daß sie es war. Ich höre, sie öffnet die Küchentüre. Was sucht sie dort? Ich wartete, horche, es ist still; sie kommt nicht zurück. Da springe ich auf und gehe in die Küche. Ich sehe, sie sitzt auf dem Bänkchen am Fenster, hat den Kopf tief gesenkt und weint bitterlich ... Sie hat langes, helles, schönes Haar, das sie ganz einhüllt ... Sie hebt ihre Augen zu mir und in ihnen ist soviel leid, daß ich erschrak. Ich ging auf sie zu, und sie stand auf und kam mir entgegen.

„Verzeihen Sie", sagte sie, „daß ich in Ihr Heim gekommen bin ... Ich wußte nicht, daß er nicht allein lebt ... Das ist sehr, sehr schwer für mich ..."

Erst verstand ich sie nicht, ich dachte nur, das ist keine Prostituierte, sondern seine Freundin, und ich weiß nicht, wie es mir entfuhr: „Lieben Sie ihn?"

Sie sah mich sehr erstaunt an: „Wir haben uns gestern zum erstenmal getroffen. Er versprach, gut zu bezahlen, und mir ist es einerlei, wer es sein mag, wenn er nur bezahlt!"

Ich erinnere mich nicht mehr, wie es war, aber sie erzählte mir alles; daß auch sie vor drei Monaten von der „Kürzung" betroffen wurde; wie sie sich gequält habe, weil sie ihrer alten Mutter nichts schicken konnte, die ihr geschrieben hatte, daß sie Hungers sterbe. Vor zwei Wochen ging sie auf die Straße und hatte Glück, sie machte gute Bekanntschaften, jetzt ist sie gekleidet, satt, und kann der Mutter etwas schicken. — Während sie erzählt, ringt sie die Hände.

„Ich habe doch das Abiturientenzeugnis. Ich hatte gut gelernt. Und dabei bin ich noch so jung, erst neunzehn Jahre. Soll ich denn so zugrunde gehen?"

Sie werden es nicht glauben, ich hörte sie an, und alles in mir zitterte vor Mitleid. Und plötzlich wurde mir klar: Hätte ich nicht meinen Mann gehabt, so wäre ich jetzt in derselben Lage wie sie, ohne Arbeit, ohne Obdach ... Als ich nachts auf meinem Bett lag, und mich quälte, kochte in mir die Wut gegen sie, aber jetzt schlug ich um und wandte sich gegen meinen Mann. Wie durfte er es wagen, die trostlose Lage einer Frau so auszunützen? Er ist doch ein einsichtsvoller Arbeiter mit Verantwortungsgefühl! ... Statt einem arbeitslosen Kameraden zu helfen, kauft er ihn! Kauft seinen Körper zur eigenen Befriedigung! ... Das war mir so ekelhaft, daß ich mir sofort sagte: Mit einem solchen Menschen kann ich nicht länger leben!

Sie erzählte mir noch vieles. Wir heizten zusammen den Herd und kochten Kaffee .... Mein Mann schlief noch immer. Und plötzlich eilte sie fort. Ich fragte sie: „Hat er Sie bezahlt?"

Sie errötete, versicherte mir, daß sie nach allem, was wir gesprochen, kein Geld nehmen würde ... Das sei unmöglich.

Ich sah, sie wollte weg, ehe mein Mann erwachte. Ich hielt sie auch nicht zurück. Es wird Sie vielleicht wundern, aber es wurde mir schwer, mich von ihr zu trennen. Als sei sie mir verwandt geworden ... Sie war ja so unglücklich, so jung und so allein. Ich kleidete mich an und begleitete sie. Wir gingen lange, dann saßen wir noch in den Anlagen zusammen und sprachen immernoch. Ich erzählte ihr meinen Kummer ... Ich hatte noch mein letztes Gehalt von der Entlassung her ... Ich überredete sie, es anzunehmen. Erst weigerte sie sich, aber endlich nahm sie es doch unter der Bedingung, daß ich mich im Falle der Not an sie wenden würde ... So trennten wir uns wie Schwestern ...

Für meinen Mann war alles in mir tot. Ganz plötzlich. Ich fühlte weder Kränkung noch Schmerz. Es war, als hätte ich ihn begraben ....

Als ich nach Hause kam, versuchte er sich zu rechtfertigen. Aber ich antwortete ihm überhaupt nichts, weinte nicht, machte ihm keine Vorwürfe. Am nächsten Tag zog ich zu einer Freundin. Nun begann ich, Arbeit zu suchen. Ich suchte schon drei Wochen, aber es sind gar keine Aussichten. Als mir vor einigen Tagen klar wurde, daß ich nicht länger bei der Freundin bleiben kann, suchte ich das Mädchen auf, daß mein Mann damals mitgebracht hatte. Sie war aber am Tage zuvor ins Krankenhaus gebracht worden ... So treibe ich mich jetzt ohne Arbeit, ohne Geld, ohne Obdach herum ... **„Wartet meiner dasselbe Schicksal?"**

Die traurigen Augen meiner Besucherin richten diese Frage an das Leben. **Der ganze Kummer, das ganze Entsetzen, alles Leid gegenüber dem noch nicht besiegten Feind — der Arbeitslosigkeit — schmolzen in diesem Blick zusammen, dem Blick der alleinstehenden Frau, die gegen die alte, überlebte Ordnung des Lebens kämpft ....**

Die Henkerrolle der englischen Gewerkschaften

Die „Vossische Zeitung" vom 13. Mai (Morgenausgabe) bringt folgenden Bericht über die schamlose Rolle der englischen Gewerkschaftsstrategen, der ohne besonderen Kommentar wohl am besten wirkt:

„**Die bedingungslose Kapitulation der sympathiestreikenden Großgewerkschaften vor der Regierung** wurde im Unterhaus von Baldwin, **der minutenlange Ovationen erhielt, in Anwesenheit der Königssöhne folgendermaßen mitgeteilt:**

„**Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat mich heute mittag aufgesucht, um mitzuteilen, daß der Generalstreik sofort widerrufen werden wird.** Ich habe dem Generalrat daraufhin mitgeteilt, daß ich und meine Kollegen uns nunmehr wieder zwecks Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern bemühen werden, damit dieser Konflikt sobald wie möglich aus der Welt geschafft wird. **Der Frieden, der errungen ist, stellt einen Sieg des gesunden Menschenverstandes dar."**

Auf eine Frage Macdonalds erklärte Baldwin, daß morgen ausführlichere Erklärungen abgegeben würden. **Darauf verließ Baldwin zusammen mit Macdonald das Unterhaus.**

In den Wandelgängen des Unterhauses war nur eine Auffassung vorherrschend, daß der völlige Zusammenbruch des Generalstreiks die mangelnde Solidarität innerhalb der englischen Arbeiterschaft beweise **und vor allem auf die Geldnot der Gewerkschaften zurückzuführen sei, die den Generalstreik erklärt hätten, ohne auch nur genug Bargeld zu haben, um das am Freitag fällige erste Streikgeld auszahlen zu können.**

Der Bergarbeiterführer Cook lehnte jeden Kommentar zur Stellungnahme der anderen Gewerkschaften ab, erklärte aber, der Bergarbeitervorstand habe in alle Bezirke Telegramme geschickt, die die Grubenarbeiter auffordern, bis nach der Entscheidung der Delegiertenkonferenz am Freitag weiterzustreiken. Der Vorstand werde der Delegiertenkonferenz die Fortsetzung des Streiks empfehlen.

Als um 1 Uhr 15 die Nachricht vom Widerruf des Generalstreiks **an der Börse** bekannt wurde, **herrschte dort ein beispielloser Jubel, der für einige Minuten den Betrieb unterbrach, um sich dann spontan in einem wüsten Haussetreiben aller englischen Staatspapiere, Eisenbahnaktien und Industrieaktien zu entladen.** Kurssteigerungen von mehreren Prozent innerhalb weniger Minuten waren zu bemerken, und der Börsenschluß stand immer noch im Zeichen des hartnäckigen Optimismus.

Die Gegenseite der Medaille dürfte sich aber bereits morgen oder übermorgen **in der Umschichtung des Arbeitslosenheeres bemerkbar machen.** Alle wichtigen Arbeitgeber, voran die großen Eisenbahngesellschaften, erklären, **daß sie infolge des Rückganges der Produktion während und nach dem Streik ihre laufenden Geschäfte mit einem erheblich verkleinerten Angestellten- und Arbeiterstabe durchführen können.** Sie würden daher bei der Zusammenstellung ihrer normalen Belegschaften **in erster Linie die Arbeitswilligen und die ihnen geeignet erscheinenden freiwilligen Arbeitskräfte behalten und von den Streikenden nur diejenige Zahl wieder anstellen, die zur Durchführung des Betriebes und zur Ergänzung der Notbelegschaften erforderlich seien.**

Vorsichtige Schätzungen gehen dahin, **daß aus der Million von Arbeitslosen,** die England vor dem Streik aufwies, **rund 800 000 ständige Beschäftigung gefunden haben,** und daß das Arbeitslosenheer, **dessen Erhöhung auf 1¼ Millionen zu erwarten ist,** sich bis zu **einer Million aus bisher festangestellten Streikenden rekrutieren werde.**

Da der Gewerkschaftskongreß bedingungslos kapitulieren mußte, war es ihm nicht möglich, irgendwelche Garantien für die Wiedereinstellung der Streikenden oder für Bezahlung der Streiktage zu erlangen. In gutunterrichteten politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß das neue Arbeitslosenheer, bestehend aus den im Stiche gelassenen Streikern, die keine Arbeitslosenunterstützung bekommen werden, die Kerntruppe einer kommunistischen Partei bilden werde, da diese Opfer des Generalstreiks **zweifellos jeden Glauben an die Wirksamkeit der Gewerkschaftspolitik verloren haben dürften.**

Um den bedingungslosen Charakter der Kapitulation der Gewerkschaften in breitester Oeffentlichkeit bekanntzugeben, hat die Regierung als letzte Maßnahme vor der Außerkraftsetzung des Notstandszustandes durch das Radio das stenographische Protokoll der Unterredung des Premierministers mit den Gewerkschaftsführern verlesen lassen. Nach der Ankündigung des Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses Pugh, daß der Abruf des Generalstreiks sofort erfolgen werde, und Baldwins Zusage, er werde sich nunmehr darum bemühen, Grubenbesitzer und Bergarbeiter wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, baten Thomas und Bevin in bewegten Worten den Premierminister darum, den ganzen Einfluß der Regierung aufzuwenden, damit den Bergarbeitern Gerechtigkeit widerfahre und nach Möglichkeit die Streikenden wieder eingestellt würden.

Baldwin erklärte, **er könne darüber keine Zusagen geben, sondern er müsse in dieser Richtung seinem Kabinett völlig freie Hand lassen.** Er empfehle den Gewerkschaften, sich möglichst rasch mit den Arbeitgebern wegen der Wiedereinstellungsfrage in Verbindung zu setzen, während er selbst versuchen werde, festzustellen, ob eine Verhandlungsbasis der Bergarbeiter und Grubenbesitzer zu finden sei. Er verlange, daß die Gewerkschaftsführer **sich bedingungslos auf sein Gerechtigkeitsgefühl** und seinen Wunsch, den Wirtschaftsfrieden herzustellen, verlassen werden."

Jedes Kind kann sich ausrechnen, daß ein Generalstreik oder großer Massenstreik nicht finanziert werden kann. Aber die Lumpen wollten es auf keinen Fall mit ihrer Regierung verderben und haben eben ihre Kassenschränke zugehalten. Selbst die Moskauer Millionen konnten nicht bewirken, daß sie auch nur einen Schritt vor ihrem Plan — das Proletariat zu Boden zu schlagen und ihm das Streiken auszutreiben — abwichen. Aber der in diesem Bericht offenbarte Zynismus wird den Arbeitern doch die Augen öffnen. Es wird der Anfang vom Ende einer Politik sein, die Gesinnungslumpen züchtet, und dem Staat den Kampf gegen das aufmuckende Proletariat erspart. Und wenn der blutige Hohn der englischen Banditenregierung und ihrer Lakaien den Arbeitern die Augen öffnet, ist auch der englische Streik nicht vergebens.

Die Lehren des englischen Streiks

Es ist wahrlich nicht leicht, die Wucht von Parolen, Meinungen, auf suggestive Wirkung berechnete Propaganda der verschiedensten „Arbeiterinternationalen" und Organisationen, die dazu dienen sollte, eine bankrotte Politik zu verherrlichen, ihren Inhalt zu verschleiern, auf ihren wahren Inhalt zu prüfen. Es müßten immer Bücher geschrieben werden, denn jede oberflächliche Prase „widerlegt" eben zehn Probleme durch ihre Aufmachung und Aufdringlichkeit.

Der englische Massenstreik hat ein Ende genommen, das wohl jeder denkende Arbeiter voraussehen konnte. Nicht vorauszusehen war trotz alledem die innere Hohlheit und Inhaltlosigkeit in einem derartigen Ausmaße. Die englischen Gewerkschaftsbürokraten, und zwar die „Rechten" erweisen sich als die einzigen Spieler, die das Pferd, auf das sie setzten, genau kannten. Und daher resultiert auch ihre Unverfrorenheit, dem Spuk — so wie sie diese Massenbewegung von ihrem Standpunkt aus mit Recht ansehen dürften — mitten im Fluß ein jähes Ende zu bereiten.

Vorweg einige Feststellungen, die, so selbstverständlich sie sind, den Arbeitern eben dies noch nicht zu sein scheinen. Die englische Regierung hat sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß es ihr auf Biegen oder Brechen ankam. Der Bericht der Kohlenkommission sah eindeutig Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung vor. Die Regierung rechnete mit diesem Streik und forderte ihn heraus. Die Aussperrungen begannen längst vor dem Abschluß der Verhandlungen. Als die Setzer sich weigerten, einen Artikel zu setzen, in dem der Streik als ein revolutionärer Kampf gegen die Regierung „denunziert" wurde, erzwang die Regierung von den Gewerkschaften eine Stellungnahme gegen diesen Akt. Darüber schon mußte man den Kopf schütteln. Denn die Setzer hätten sich doch bestimmt auch dann geweigert, einen Artikel, der den Streik als einen politisch revolutionären bezeichnet hätte, zu setzen, wenn das eine Meinung einer Arbeiterorganisation gewesen wäre. Die Regierung jedoch kehrte den Spieß sofort um, und machte daraus eine Prestige-Frage. Sie verlangte ein für allemal, daß die Arbeiter im allgemeinen, die Buchdrucker im besonderen nicht an den Machtmitteln rütteln, die die Regierung gegen das Proletariat anzuwenden gedenkt. Dazu gehört die ideologische Verdummung, die Vorbereitung des Streikbruches auf der ganzen Front, die Organisation der weißen Garden usw. Indem also die Regierung auf der ganzen Front ihren Machtapparat konzentriert, um die Streikenden in Schach zu halten, den Belagerungszustand verhängt, den Gummiknüppel hauen läßt, und jeden Arbeiter, der ein Auto mit Streikbrechern anhält, in die Zwangsarbeit schickt; — indem also die Regierung mit allen Mitteln den Machtkampf vorbereitet, sagen die Setzer, wir sehen nicht, daß es sich um einen Machtkampf handelt, das ist eine Verleumdung. Wer von einer revolutionären Aktion spricht, ist unser Feind. Wir haben einen rein wirtschaftlichen Streik vor uns. Mag die Regierung jeden, der aus dieser rein wirtschaftlichen Aktion tanzt, verhaften oder aufhängen: der Streik ist und bleibt unpolitisch. — Bei dieser göttlichen Naivität konnten die Gewerkschaftsbesitzer alles wagen, und nur auf Grund der genauen Kenntnis der Denkweise der englischen Arbeiter konnten sie so rücksichtslos und zu jeder Zeit die Seifenblase zum Platzen bringen. Sie brauchen nur — was ihnen nicht schwer fallen wird — nachweisen, daß der Kampf bereits das war, was die Arbeiter, vor allen Dingen die Gewerkschaften nicht wollten, ein politischer Kampf, der den Gewerkschaften das Genick zu brechen drohte, und der Nachweis, daß im Interesse der Gewerkschaften der Kampf rasch und ohne Sentimentalität abgebrochen werden mußte, ist da. Und in der Tat: Eine weitere Ausdehnung dieses Massenstreiks hätte von unten auf die Organe geboren, die die Führung übernommen hätten. Die revolutionäre Front und Organisation, Aktionsausschüsse, Räte, wären mit eiserner Unerbittlichkeit der kapitalistisch-gewerkschaftlichen gegenüber aufgewachsen mit der Parole: Kampf um die Macht! — Um diese Gedanken, diese Lehre zu unterdrücken, haben Regierung und Gewerkschaften einen „Friedensvertrag" geschlossen, und die Seifenblase aufgestochen. Und als der Generalrat seinen Aufruf erließ, da faßten sich die Massen an den Kopf, und rings um sie war alles leer. Sie hatten und haben keinen Willen, keine Macht, keine Organisation, kein Ziel, keine Perspektive. Ihr Wille, ihre Organisation. Ihre Macht und „Geschlossenheit" war die „Geschlossenheit", die Macht, der Wille des Führers, die nicht nur für die Interessen der Arbeiter, wie sie ungeniert in ihrer „Botschaft" verkünden, sondern für die „Nation" kämpften. Für die Nation „kämpft" auch der König, und die englischen Industriellen, ihnen voran die Grubenbarone. Damit haben sich auch die englischen Gewerkschaften offen demaskiert als die Säulen des kapitalistischen Staates, die die Aktionskraft des Proletariats aufsaugen und diese Kraft absorbieren, das Proletariat hilflos den Feinden seiner Klasse ausliefern.

Damit ist der stärkste Grundpfeiler der Gewerkschaftspolitik und Taktik der 3. Internationale zusammengestürzt! In der Stärke der Gewerkschaftsorganisation ist die Wurzel für die Inhaltlosigkeit der Bewegung und ihrer Katastrophe zu suchen! Die englische Gewerkschaftsbewegung als Vorbild gegenüber der deutschen hinstellen heißt, die Arbeiter dauernd dem Klassenfeind ausliefern, heißt, das Proletariat dauernd in Aktionsunfähigkeit erhalten. Die Selbstinitiative des Proletariats in Aktion und Organisation, die Erkenntnis seiner Klassenlage und der Bedingungen seines eigenen Kampfes ist die Vorbedingung für die Vorbereitung des revolutionären Machtkampfes des Proletariats. Wer das nicht begriffen hat, und dies nach dem grandiosen Zusammenbruch des englischen Streiks nicht begreift, ist ein Kleinbürger, der nicht sieht, daß das Proletariat den Kampf um die Macht aufnehmen muß, weil der Kapitalismus an die Schranken seiner eigenen Produktionsbedingungen stößt, auch in England!

Festgehalten muß auch werden, daß der „linke Flügel" der englischen Gewerkschaften gerade diese grandiose Irreführung des englischen Proletariats erst ermöglichte. Nicht einer von denen, die Moskau über den grünen Klee lobte und noch lobt, ist mit einer Plattform aufgetreten, die den Arbeitern ein zielklares Handeln ermöglicht hätte. Gewiß, sie haben auch in Deutschland von „Kampf" geredet und darüber, daß sie nur „für die Interessen des Proletariats" da sind, und „nicht für die der Kapitalisten". Eine billige, nichtssagende Phrase, darauf berechnet, Vertrauen zu gewinnen. Herr Cook hatte kein Wort des Protestes dagegen, als die englische Regierung während des amerikanischen Bergarbeiterstreiks den Streikbruch organisierte. Es war dies eben — und das ist der wahre Sinn seiner Worte — in dem reformistischen Interesse der englischen Bergarbeiter gelegen. **Der Bluff mit dem englischen „linken" Gewerkschaftsflügel ist erledigt.** Er war von Anfang an eine Erfindung, und diese Erfindung nur ein Produkt des Nep-Kurses der 3. Internationale.

Ein sehr wichtiges Kapital ist noch die Solidarität gegenüber einem solchen Streik. Hier muß man klar aussprechen, daß; von der reformistischen Perspektive aus gesehen, der Herr Osterroth, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und Direktor der Bergwerks-Hütten A.-G. der Konsequenteste ist. Er sagt: Die deutsche Kohlenwirtschaft muß den englischen Streik benützen, und dem englischen Kohlenbergbau Absatzgebiet abjagen. Er ist natürlich gegen einen Solidaritätsstreik. Es mag paradox klingen, aber es ist in der Tat das einzige Mittel, sofern die englischen Bergarbeiter einen „rein wirtschaftlichen" Kampf führen wollen, ihre Grubenbarone zum Nachgeben zu veranlassen. Die internationale „finanzielle Unterstützung" ist aus diesem Grunde von Seiten der Gewerkschaften sehr begreiflich. Je länger der Streik dauert, desto besser für das deutsche Kapital. Nur dadurch, daß die englischen Grubenbarone die Schmälerung der Profitrate befürchten müßten, durch verlorengehende Absatzgebiete, würde für sie überhaupt ein Risiko geschaffen.

Die Konsequenz wäre allerdings der organisierte Streikbruch überhaupt, und wenn nötig, eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit der deutschen Bergarbeiter. Diese „Solidarität" ist **die Solidarität mit dem deutschen Kapital,** sie hat mit Klassensolidarität gar nichts zu tun, im Gegenteil. Aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, welche Mittel allein möglich wären, um auf einer „unpolitischen" Plattform „Solidarität" zu üben. Es bedeutet die Preisgabe des internationalen Solidaritätsgedankens. Doch was tun die Gewerkschaften eben nicht alles für ihr Vaterland.

In der Tat war dieser Grund für die englischen Grubenbarone mitbestimmend, die Prestigefrage nicht in allzu zugespitzter Form zu formulieren. Nicht etwa die Aktion für Streikgelder. Man muß sich folgendes überlegen: Die Parole der Solidarität der Sperrung der Ausfuhr für alle englischen Absatzgebiete und ihre konsequente Durchführung würde den englischen Grubenbesitzern jedes Risiko abnehmen. Die ganze Angelegenheit liefe darauf hinaus, wer am längsten den Streik aushält: Die Arbeiter, oder die Kapitalisten. Ohne zum politischen Kampf überzugehen, kann sich wohl jeder Arbeiter ausrechnen, wer wohl letzten Endes am ersten vor Hunger schlaflose Nächte bekäme. Diese Parole der Sperrung für bestreikte englische Absatzmärkte ist praktisch — sie wird wohl nie durchgeführt, aber es kommt darauf an, die Sinnlosigkeit auch dieser Parole zu beweisen — **eine Solidarität mit dem englischen Kapital.** In der Hauptsache ist dies ja die „revolutionäre" Parole der KPD. und der 3. Internationale.

Die Syndikalisten z. B.d sind noch „revolutionärer", und empfehlen die Siebenstunden- oder Sechsstundenschicht. In diesen Köpfen malt sich die Welt besonders absurd. Sie vergessen, daß die Wirtschaft der Welt keine Einheit, sondern jeder Staat einen verzweifelten Kampf um Absatzmärkte führt. Den Vogel schießt die Korsch-Gruppe ab, indem sie der KPD. vorwirft, daß sie nicht den internationalen Streik der Transport- und Kohlenarbeiter organisiere, als Zeichen der Solidarität. Dadurch würde einmal die Pfennigunterstützung aufgehoben, weil die Gelder im eigenen Land gebraucht werden und die englischen Kapitalisten könnten ohne Risiko noch ruhiger abwarten, bis die englischen Arbeiter ausgehungert wären. Es ist ein rechter Jammer. Einer will den andern übertrumpfen mit „revolutionären" Parolen. — Ueber die Möglichkeit der Realisierung macht man sich nicht die geringsten Sorgen. Bei der KPD.-Linken ist das wohl darauf zurückzuführen, daß sie sich dauernd als die einzig richtige Fraktion des Leninismus vorstellt, und nicht dagegen verstoßen will. Das merkt schon bald ein Pferd.

Die internationale Klassensolidarität des Proletariats darf sich nicht in inhaltlosen Phrasen erschöpfen, das zeigt der Streik der englischen Arbeiter. Das revolutionäre Proletariat der revolutionären Partei hat die Klassenpflicht, die kämpfenden Arbeiter auf die gegebene Klassenkampfbasis hinzuweisen und gegen die Illusion des „rein wirtschaftlichen Kampfes" anzukämpfen. Das Proletariat kämpft heute in einer Zeitenwende, wo der Kapitalismus den Widerspruch zwischen den sich ungeheuer vermehrten Produktivkräften und dem nicht zu vergrößernden Absatzmarkt dadurch „lösen" will, daß er die Ausbeutung steigert, Massen von Arbeitern dem Untergang preisgibt, um seine Profitrate zu halten. Die Frage der internationalen Solidarität ist daher die Frage der internationalen Tat des Proletariats, des bewußten revolutionären internationalen Kampfes um die Macht. Eine Verschleierung dieser harten Tatsachen durch revolutionäre Phraseologie und Parolenmusik bedeutet Verrat an der proletarischen Revolution.

Die K.P.D. im eigenen Spiegel.
(Aus der Geschichte der KPD. und der III. Internationale.)
176 Seiten stark.
Preis broschürt 2 Mk., gebunden 3 Mk.
(Organisationsausgabe 1,50 und 2,50 Mark.)
Bestellungen nimmt entgegen:
Buchhandlung für Arbeiterliteratur,
Berlin O 17, Warschauer Str. 49.

Wirtschaft

Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Nach den Berichten des Reichsarbeitsministeriums ist die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten Aprilhälfte von 1 882 000 auf 1 784 000, d. h. um 98 000 oder 5,2 Prozent zurückgegangen. Leider werden in Deutschland keine Statistiken über die Arbeitslosenziffern geführt. Wohl wäre es möglich, die Zahl derjenigen festzustellen, die auf den Arbeitsnachweisen registriert sind, was ja auch durch die Stempelstellen geschieht. Die Ziffern zu veröffentlichen, hütet sich das Reichsarbeitsministerium wohlweislich. Die Veröffentlichung würde jäh die Illusionen von dem „Aufstieg der Wirtschaft" in den Proletarierköpfen zerstören. Es würde sich erweisen, daß die Statistik der „Fürsorgen" Faxen sind, daß die Arbeitslosigkeit steigt trotz starker Einstellung in der Landwirtschaft, trotz (wenn auch in geringerem Maße als in früheren Jahren) Einstellungen im Baugewerbe und in verschiedenen kleineren Saisonindustrien. Es würde sich erweisen, daß die Senkung der Unterstützenziffern ausschließlich auf Entziehung der Unterstützung beruht.

Der Beweis dafür ist Berlin. In Berlin gibt es zwar auch keine Arbeitslosenstatistik, wohl aber eine der Stempelmärkte. Nach den Veröffentlichungen des Berliner Arbeitsamtes sank die Ziffer der Stempelnden in der mit dem 15. Mai endenden Woche ebenfalls um 260 Personen (im ganzen beträgt sie noch 244 652), die Ziffer der Unterstützungsempfänger aber stieg in der Berichtswoche noch um 700! In Berlin werden aber ebenfalls täglich größere Massen aus den Listen der Unterstützungsempfänger gestrichen, das weiß jeder, der die Stempelkarte hat. Die Berliner Ziffern besagen also, daß die Zahl der aus den Betrieben geworfenen um 550 größer ist als die Zahl derjenigen, denen man die Unterstützung entzog und derjenigen, die eingestellt wurden, zusammen.

Ein Blick in die Tagespresse illustriert das. In der Berichtswoche wurden neben unzähligen Einzelentlassungen, Feierschichten und Arbeitszeitverkürzungen stillgelegt: Zeche Hermann bei Bork in Westfalen mit 2500 Arbeitern; Zeche Margarethe in Sölde i. W. mit 1000 Arbeitern. Die Stillegung der Zeche Vollmond und Hugo III wurde beschlossen. Die Kokereien der Zeche Preußen I wurde stillgelegt. Walzwerk Phönix, Düsseldorf-Lierenfeld entließ 1000 Arbeiter. Der Klöcknerkonzern entließ aus seiner Düsseldorfer Abteilung Eisen- und Drahtindustrie 800 Arbeiter. Der Hörder Verein sucht um Entlassungen von 900 Arbeiter der Thomas- und Blockwalzwerke. Desweiteren entläßt dieselbe Gesellschaft am 15. Juni 950 Arbeiter aus den Betrieben, die in den neugegründeten Stahlwerkstrust übergehen. Eine Anzahl Angestellte wurden gekündigt, was die Vorboten zu weiteren Entlassungen sind. Krupp-Essen kündigte einer größeren Anzahl Arbeiter aus den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen. Weiter wird Rationalisierung angekündigt, was ebenfalls soviel wie Hinauswurf großer Massen heißt. Die Reichsbahnwerkstatt Schneidemühl kündigte 400 Arbeitern.

Derartige Listen, wenn auch mit kleineren Ziffern, ließen sich endlos verlängern. Der kapitalistische Schwindelbau kracht in allen Fugen. Vielleicht tragen die Unterstützungsentziehungen dazu bei, daß die Proletarier bald aus dem Schlafe erwachen.

Fortschreitender Prozeß der Grubenstillegungen

Bei der Beratung des Bergwerksetats im Preußischen Landtag erklärte Minister Dr. Schreiber: „Der Prozeß der Grubenstillegungen und Einschränkungen hat seinen Fortgang genommen. **Nicht weniger als 38 Zechen und 11 Kokereien sind im Ruhrrevier zum völligen Erliegen gekommen. Das hat zur Entlassung von 37 000 Arbeitern und Angestellten geführt, daneben sind noch etwa 55 000 Arbeiter durch die Betriebseinschränkungen brotlos geworden. Außerdem haben die arbeitstäglichen Feierschichten im Monat März die ungeheure Zahl von 35 000 erreicht."**

Die trockenen Zahlen reden eine eindeutige Sprache. 92 000 Bergarbeiter sind völlig aus der Produktion ausgeschaltet und von dem Rest der Beschäftigten müssen täglich 35 000 Arbeiter feiern. Das sind 127 000 Bergarbeiter, für die das Grubenkapital im Ruhrrevier keine Beschäftigung mehr hat. Im Lahn-, Dill- und Siegegebiet sieht es sicher noch brenzlicher aus, denn der Minister vermeidet es, hier Zahlen zu nennen; er sagt nur, daß sich die Lage dort „im Laufe des letzten Jahres immer bedrohlicher gestaltet". Weil diese Gebiet das einzige Manganerzvorkommen Deutschlands umfaßt, erwägt man Notstandsarbeiten, um in seinem Erzbedarf nicht völlig vom Auslande abhängig zu werden. Das heißt soviel, das dort die Bergwerkstätigkeit überhaupt zu erliegen droht. Eine Besserung dieser Lage, so erklärte der Minister ist erst dann zu erwarten, wenn sich die allgemeine Wirtschaftskonjunktur Deutschlands wieder bessert.

Bemerkenswert ist, daß die Regierung selbst von einem Prozeß der fortschreitenden Verschlechterung der Lage spricht. Die Tatsache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist im Bergbau eben allzu deutlich. Wie haltlos aber die Hoffnung auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und damit des Bergbaus ist, zeigen die Tatsachen. Deutschland ist noch mehr wie vor dem Krieg zu einem Teilgebiet der internationalen kapitalistischen Wirtschaft geworden. Der deutsche Bergbau ist damit angewiesen, die Kohle zum Weltmarktpreis zu liefern. Ein guter Teil der deutschen Bergwerke kann dies nicht, weil das Kohlenvorkommen zu gering ist und die Abbauarbeiten verhältnismäßig zu kostspielig sind. Andererseits hat man aber auch bis in die jüngste Zeit hinein Raubbau betrieben und nur dort Kohle abgebaut, wo es mit wenig Kosten verknüpft war. Die schwierigen Strecken, sowie die minder ertragreichen Zechen läßt man heute einfach liegen, weil ihre Ausbeutung keinen Profit mehr verspricht. Durch den Uebergang zur Oelfeuerung und vermehrter Ausnutzung der Wasserkraft wird der Kohle in steigendem Maße das Feld streitig gemacht, was sich in der Zeit der Verengung der Weltwirtschaft verschärft bemerkbar machen muß.

Weil die Transportkosten beim Kohlenpreis einen erheblichen Teil ausmachen, ist der deutsche Bergbau nicht in der Lage, über einen gewissen Umkreis hinaus mit der unter günstigeren Produktions- und Transportbedingungen angebotenen Kohle zu konkurrieren. Andererseits erhält die deutsche Kohle gerade aus diesem Grunde einen gewissen Wirkungsbereich und zwar liegt die Grenze dort, wo die Transportkosten der ausländischen Kohle zu hoch werden, um noch den Durchschnittsprofit zuzulassen und die der deutschen Kohle so gering sind, um denselben zu ermöglichen. Die deutschen Erzbergwerke aber sind derart geringwertig gegenüber norwegischen, schwedischen, kanadischen und anderen Erzgruben, daß ihr Erz trotz geringerer Transportkosten in Deutschland selbst verdrängt wird.

Das Kapital kennt kein Vaterland. Profit ist der Motor, ohne den es sich nicht bewegt. Wo der Profit schwindet, da flüchtet das Kapital und deshalb ist auch schon heute ein großer Teil des deutschen Bergbaus: „Verlassenes Gebiet."

Der grinsende Bankrott

Die Handelsauskunfteien sind in gewisser Beziehung ein Gradmesser der pulsierenden Wirtschaft. Sie sind aber weniger an die Kaufkraft gebunden, da bei zunehmendem Konkurrenzkampf der absatzsuchende Großhandel sich ihrer um so mehr bedienen muß, als er in neue Kundenkreise einzudringen versucht. Allerdings hat sich in der Nachkriegszeit auch die Zahl der Auskunfteien bedeutend vermehrt. In jedem Falle spricht es aber von der Blutarmut der deutschen Wirtschaft und von der sich zuspitzenden Krise, wenn gerade die ältesten und bestfundierten Auskunfteien über den Kopf gehen. Umsomehr, als die Auskunfteien durchweg langfristige Vorauszahlungen eingeführt haben.

Die älteste aller Handelsauskunfteien, die Auskunftei Lesser und Liman (Hauptsitz Berlin mit einer Anzahl Zweigniederlassungen), die überall in der Handelswelt Ansehen genoß, hat die Beschaffung von Auskünften, für die ihr von der Handelswelt vorausbezahlten Anfragscheine vor längerer Zeit eingestellt. Da die genannte Auskunftei jährlich mehrere hunderttausend Anfragescheine verkaufte und eine zweijährige Gültigkeit gewährte, beträgt der Verlust der deutschen Handelswelt bei ihr große Summen. Da sich zudem herausstellte, daß die Auskunftei ihre Büroeinrichtung und Auskunftsarchive schon vor längerer Zeit einem Gläubiger für 30 000 Mk. verpfändet hatte, so gingen die Abonnenten für ihre Forderungen leer aus. Auch die bekannte Handelsauskunftei Adolf Häusermann (Berlin) stellte ihren Geschäftsbetrieb ein, und die Gewerbetreibenden verloren das für die Anfragescheine bezahlte Geld. Im April 1926 stellte die Auskunftei Simon u. Dietze (Leipzig) ihren Betrieb ein. Auch hier verliert die deutsche Industrie einen erheblichen Betrag für vorausbezahlte Anfragescheine.

Der Bankrott grinst der Hindenburg-Republik aus allen Knopflöchern. Der Blutumlauf kommt immer mehr ins Stocken. Nur das Proletariat ist gutgläubig genug, sich für eine illusionäre „Wirtschaftsbelebung" härter auspressen zu lassen, um durch Hungerexperimente seine Peiniger solange als möglich stark und kampffähig zu erhalten.

„Was fällt, das soll man stoßen"

Rationalisierungsprogramm des Reichsfinanzministers.

Wenn die politischen Statthalter des Kapitalismus vor ihren Auftraggebern Bericht geben, reden sie eine offene Sprache. Man ist unter sich und braucht aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Der Reichsfinanzminister und Demokrat Dr. Reinhold hat am 29. April vor dem „Ueberseeklub", einem Verein der Hamburger Pfeffersäcke, sein Programm entwickelt. Einen ganzen Strauß von Maßnahmen, die dem in die Klemme geratenen Kapital auf die Beine helfen sollen, tischte er auf. „Die Regierung verfolgt mit ihren sämtlichen Maßnahmen das Ziel, der Wiederkehr normaler Verhältnisse den Weg zu bahnen und vor allem das Steuerbedürfnis der öffentlichen Hand wieder in ein gesundes Verhältnis zur Steuerkraft zu bringen", so umriß Reinhold die Aufgabe der Regierung. Seine näheren Ausführungen ergeben ein Bild, wie die „normalen" Verhältnisse erreicht werden sollen.

Die Aufgabe der „äußerst rigorosen Steuerpolitik", worin das „Steuermilderungsgesetz" zunächst lindern sollte, steht an erster Stelle. Daß diese Milderung nur dem Kapital zugute gekommen ist, versteht sich. Dann wird versprochen, den „guten" Unternehmungen nicht mehr das Geld abzunehmen, um es den „schlechten" Konkurrenzunternehmungen auf dem Wege des Kredits zur Verfügung zu stellen. Es soll Schluß gemacht werden mit den zweifelhaften Geschäften (Barmat und Kutisker) nach der Devise: „Was fallen will, das soll man auch noch stoßen." Die Verwaltung soll billiger werden; aber das „Heer der Steuerbeamten" sei vorläufig noch nicht zu entbehren. Erst wenn im gesamten Steuerwesen etwas Ruhe eingetreten sei, könne man an Abbau denken. Dann aber sollen die Ausgaben des Reiches beschränkt und Mehrbewilligungen durch die Parlamente verhindert werden. Im besonderen verspricht der Minister, daß die Regierung sich mit allen Mitteln einem Volksbegehren in der Aufwertungsfrage entgegenstellen wird, um die Abfindung der betrogenen Rentner und Kriegsanleihezeichner zu verhindern. Die Arbeitslosenunterstützung ist Reinhold ein besonderer Dorn im Auge und der Zynismus, der aus seinen Worten spricht, ist nicht zu überbieten. „**Bei allem sozialen Empfinden** (ach!) **und bei allen Maßnahmen zur Behebung der sozialen Not darf der Arbeitswille nicht leiden; es muß daher verhindert werden, daß die Unterstützungssätze nahe an die Löhne herankommen.**" Die allezeit dienstbeflissenen Professoren und Wissenschafter des Kapitals brauchen nur noch zu beweisen, daß die Proleten bei den „hohen Unterstützungssätzen" ein Schlemmerleben führen. Um das Reich von dieser lästigen Ausgabe ganz zu entlasten, soll die Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden.

Das Programm der Regierung als Weg zu „normalen Zuständen" ist nicht neu. Die Regierung arbeitet mit an der Rationalisierung." Es geht darum, daß die Großen und Starken gestützt, daß die Kleinen und Schwachen vernichtet werden. Das ist die „Freiheit zur Arbeit", die Dr. Reinhold als ein Geschenk des Dawesgesetzes pries. Die Bourgeoisie braucht freie Hand zum Aufräumen unter den Schwachen und Ueberbordwerfen jedes unnützen Ballasts. Mögen auch die ausgeschiedenen Millionen irgendwo im Winkel verrecken, die Großen und Mächtigen leben, die „Rationalisierung" marschiert. Wenn man bei einem Trümmerfeld im gewesenen Wirtschaftskörper in der Konkurrenzfähigkeit der rationalisierten Betriebe auf dem Weltmarkt den „Normalzustand" erreicht, dann ist sicher für diesen Teil der Wirtschaft der tiefste Punkt der Krise überstanden. Doch auch dieses Kapital pumpt mit erhöhter Intensität das verkleinerte Becken des Weltbedarfs voll Waren und wiederum muß man die Schwachen und Kranken über Bord, in das Nichts werfen. Das allein ist der Weg zu „normalen Zuständen."

Das Proletariat hat alle Ursache die Augen offen zu halten, denn die Bourgeoisie gräbt mit verzweifelter Kraft am Grab der Gesellschaft. Die arbeitende Klasse ist zuerst dem Tode geweiht, wenn sie nicht beizeiten das kapitalistische Joch abwirft, um sich selbst und damit die ganze Menschheit zu retten.

Zerfallssystem.

Eine der Zerfallserscheinungen die in der Wirtschaftskrise ihre Ursache haben, ist die Prozeßflut. Die Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin veröffentlichen interessante Zahlen über die Belastung der Berliner Gerichte. Danach hat zum Beispiel die Ziffer Mahnsachen am Amtsgericht Berlin-Mitte von 158 379 im Jahre 1912 auf 601 100 im Jahre 1925 zugenommen. Die Ziffern lassen in den ersten Monaten des Jahres 1926 noch ein starkes Steigen erkennen. Auch die gewöhnlichen Prozesse, die im Jahre 1912 232 504 betrugen, dürften im laufenden Jahr auf 500 000 ansteigen.

Die Prosse am Landgericht I zu Berlin weisen ebenfalls eine außerordentliche Steigerung auf. Sie sind gegenüber 1912 von 18 716 im Jahre 1925 auf 42 930 gestiegen; auch hier lassen die Ziffern im Jahre 1926 bereits ein weiteres Ansteigen erkennen.

Neben anderen Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozeßverfahrens hat sich die Kammer auch mit der Raumfrage beim Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigt. Wie der Preußische Justizminister mitgeteilt hat, werden bis spätestens Ende Mai d. J. etwa 100 Räume neu benutzbar gemacht, die für rund 300 Beamte Platz bieten.

Damit ist nur die Seite des Gerichtsverfahrens für Handel, Gewerbe und Industrie. Die kriminelle „Recht"sprechung, die ihre Ursachen in der sozialen Not hat, steigt ebenfalls stark an, wie der „Proletarier" (Nr. 2/3 1926) in einem ausführlichen Artikel nachwies. Schließlich ist noch die enorme unproduktive Verschwendung menschlicher Arbeitskraft zu berücksichtigen, die durch die Schlichtungsausschüsse, Gewerbegerichte, Jugendgerichte, den Verhandlungen großer Scharen Gewerkschaftsbeamte u. a. aufgewendet wird.

Alle diese Widersprüche des kapitalistischen Produktionssystems müssen sich mit den für den deutschen Kapitalismus schwerer werdenden Existenzbedingungen notwendig steigern. Sie sind Folge der Wirtschaftskrise und Wechselwirkung zu deren Verschärfung, da das Riesenheer Beamte durch die produktiv arbeitenden Proletarier ernährt werden muß.

Weltbankier USA.

Wie die „New York Trust Company" mitteilt, betragen Kapital und Zinsenzahlungen europäischer Staaten an Amerika aus den bisher abgeschlossenen elf (Kriegs-)Schuldenfundierungs-Verträgen 180 Mill. Dollar während des am 30. Juni 1926 zu Ende gehenden Fiskaljahres, wie folgende interessante Aufstellung, die wir dem „Index" der bekannten Bank entnehmen, zeigt:

Belgien	3 840 000	Dollar
Tschechoslowakei	3 000 000	„
Estland	483 000	„
Finnland	314 890	„
England	160 900 000	„
Ungarn	67 588	„
Italien	5 000 000	„
Lettland	201 640	„
Litauen	210 100	„
Polen	6 265 000	„
Rumänien	200 000	„
	180 482 728	Dollar

Am 15. November 1925 betrug die Gesamtschuld aus Obligationen fremder Regierungen an die Vereinigten Staaten 10,5 Milliarden Dollar. Aufgelaufene und nicht bezahlte Zinsen betrugen 1,5 Milliarden Dollar, so daß die Gesamtschuld etwa 12 Milliarden Dollar beträgt. Die Gesamtzahlungen seit dem Kriege bis zum 30. Juni 1925 betragen 1 354 000 000 Dollar.

Wie der „Index" erwähnt, ist die Frage der Beschaffung von Devisen zur Zahlung von Schulden für diese Schuldner-Länder fast ebenso schwierig wie für Deutschland. Man nimmt in Amerika an, daß die Schuldenzahlung wahrscheinlich nur mit Hilfe weiterer Anleihen möglich sein werde, so daß Amerika auch weiter der Geldgeber der Welt bleiben wird.

Noch stärker wird die europäische Wirtschaft belastet durch die Kredite des amerikanischen Kapitals an die Industrien. Das ist wohl genügend Beweis dafür, daß Europa trotz aller Rationalisierung nie ein ernstlicher Konkurrent des amerikanischen Kapitals werden kann.

Der Wiener Gemeinde„sozialismus" kracht.

Die Wiener Werkstätten G. m. b. H., die größte der Kunstwerkstätten dieser Art in Oesterreich, und melkende Kuh für sozialdemokratische Größen, hat die Einleitung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens beantragt. Die Passiven betragen 1½ Milliarden Kronen, denen Aktiva in Höhe von 400 000 000 Kronen gegenüberstehen sollen.

Amerikanischer Konkurrenzkampf.

Am 10. Mai war zum erstenmal seit Monaten Zeitgeld auf 9 Monate zum Satze von 4¾ Prozent erhältlich. — In Deutschland beträgt der Satz für Zinsen einschließlich Provisionen weit über 10 Prozent.

Die Preisermäßigung für verschiedene Wagentypen der Chrysler Corporation wird in der Autoindustrie als der Auftakt zu einer neuen Periode scharfen Wettbewerbes angesehen.

Anschwellen der Konkurse in Dänemark.

Die ungünstige Wirtschaftslage Dänemarks findet ihren Ausdruck in einer steigenden Anzahl von Konkursen. Im ersten Quartal 1926 wurden 187 Konkurse angemeldet gegenüber 150 im ersten Quartal 1925 und 177 im letzten Quartal 1925. Auf den Monat März d. Js. entfielen 72 Konkursanmeldnugen, auf Februar 57 und auf Januar 58.

Amerikas Außenhandel im April.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten belief sich im April auf 388 Mill. Dollar (März 1926 375 Mill., April 1925 399 Mill.). Die Einfuhr ist von 445 Mill. Dollar im März auf 398 Mill. zurückgegangen (i. V. 349 Mill.). Die Goldausfuhr betrug 17,884 Mill. Dollar (März 1926 4,225 Mill., April 1925 31,6 Mill.), die Goldeinfuhr 13,126 Mill. Dollar (43,413 Mill. bzw. 8,8 Mill.). Silber wurde für 7,612 Mill. Dollar (8,333 bzw. 9,3 Mill.) aus- und für 6,312 Mill. Dollar (5,539 bzw. 4,9 Mill.) eingeführt.

Der große amerikanische Geldüberfluß gestattet die dauernden Einfuhrüberschüsse. Wenn die Einfuhr trotzdem sinkt, so zeigt das eben, daß die amerikanische Industrie die Auslandskonkurrenz in verstärktem Maße vom amerikanischen Markt verdrängt. Die sinkende Ausfuhr ist auf die fortschreitende Abschwächung der Kaufkraft in Europa zurückzuführen.

Ein japanisches Eisensyndikat.

Die Errichtung des Verkaufssyndikates der japanischen Eisen- und Stahlindustrie ist endgültig beschlossen worden und soll in kürzester Zeit in Tätigkeit treten.

Englischer Papierzoll.

Das Unterhaus hat im Rahmen der Budgetberatungen den Zoll auf Packpakier in Höhe von 16⅔ Prozent angenommen. England bezog bisher viel Papier aus Deutschland. Die Maßnahme ist ein Schlag gegen die deutsche Papierindustrie.

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Achtung!

Am **Donnerstag, den 3. Juni 1926**, abends 7½ Uhr, findet eine

kombinierte Funktionär-Sitzung der Union und Partei

statt. Lokal Pickenhagen, Lichtenberg, Scharnweberstraße 60.

Zentrale.

Dienstag, den 25. Mai 1926, nächste Zentralsitzung bei König, Langestraße 52, abends ½8 Uhr.

Achtung! Frontkämpfertag!

Verbindungslokal für alle Genossen ist: Lokal Schwarzkopf, Neukölln, Fontanestraße 26.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 21. Mai, pünktlich 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend in Grünau (Lokal J. Franz) Köpenicker, Ecke Lahmertstraße. — Thema: Vom Wesen des dialektischen Denkens. — Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen.

Reichstreffen der KAJ. Pfingsten 1926.

Allen Berliner Genossen, Partei, Union und Jugend sowie Sympathisierende treffen sich am Bahnhof Gesundbrunnen am Sonnabend 6,30 Uhr abends, am Sonntag 5,30 Uhr morgens. Abfahrt der Züge am Sonnabend 6,48 Uhr, am Sonntag 6,08 Uhr. Fahrgeld für Hin- und Rückfahrt 1,90 Mk. Rege Beteiligung aller Genossen wird erwartet.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 40 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Staatsstreich in Polen*)

Der Kampf zwischen der Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum, der Kampf zwischen den Rechts- und Linksparteien in Polen veranlaßte die KP. Polens zu einer Stellungnahme, die sattsam genug hier aus der Praxis der KPD. bekannt ist. Anfangs April veröffentlichte das Zentralkomitee der KP. Polens Thesen, wo sie die Illusion bezüglich des „Kampfes" Pilsudskis und seines Trosses im Interesse der breiten Massen entlarvte, aber um die Illusion zu zerstören, muß man sich — für die Illusion einsetzen, die Pilsudski-Anhänger werden den „Kampf" in die Richtung lenken, daß die „Forderungen der Arbeiter- und Bauernmassen" verwirklicht werden. Weiter unten werden wir uns eingehend mit den sogen. „Forderungen der Arbeiter- und Bauernmassen" befassen. Hier wollen wir vorerst darauf hinweisen, daß die KP. Polens ihre schamlosen Anbiederungsversuche an die Polnische Sozialistische Partei (PPS.) und an andere Linksparteien damit zu beschönigen sucht, daß sie den Faschismus als Schreckenspopanz den breiten Massen auftischt. Das Schlagwort Faschismus wird seitens der Sektionen der III. Internationale zur Verdeckung ihrer heutigen konterrevolutionären Politik im Interesse Sowjetrußlands gehandhabt. Im Falle Polens besteht die Gefahr des Faschismus, d. h. die Ausnützung der rebellierenden kleinbürgerlichen Massen als Werkzeug gegen das klassenbewußte Proletariat im Interesse des Großkapitals in ebensolchem Maße, wie in Deutschland. Doch solange in Polen der Einfluß der konterrevolutionären Arbeiterparteien auf die Massen nicht gebrochen ist, solange besteht für das Großkapital keine Notwendigkeit, die kleinbürgerlichen Massen in Stoßtrupps gegen die Arbeiterschaft zu organisieren. Unterdessen führt die Großbourgeoisie ihre arbeiter- und bauernfeindliche Politik unter tatkräftigster Unterstützung der Linksparteien durch, wie es die Regierung des Koalitionskabinetts Krcynski's schlagend bewiesen hat. Und das ist selbstverständlich, denn bei den gegebenen Verhältnissen in Polen kann sogar eine Regierung der KP. Polens keine andere Politik treiben, wenn sie auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung bleiben will. Deshalb betreibt die KP. Polens den schamlosesten Massenbetrug, wenn sie den Massen die Hoffnung einflößt, die Linksparteien könnten durch den Druck der Massen ihre grundsätzliche Einstellung und Politik ändern und obendrein auch noch im Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen. Wir haben hier in Deutschland zur Genüge die ähnliche Taktik der KPD. der SPD. und Gewerkschaften gegenüber kennen gelernt, um ein für allemal diese Taktik als eine für die Klärung und Revolutionierung der Massen schädliche zu verwerfen und bis aufs Messer zu bekämpfen. Aber noch eine andere Seite dieser Taktik offenbart sich: das allmähliche und unauffällige Verseuchen der Massen mit reformistischen und konterrevolutionären Gedankengängen, was den Sektionen der III. Internationale die Anbiederung und schließliche Verschmelzung mit der II. Internationale den Weg bahnt. Wollen wir am Beispiel der KP. Polens dieses Manöver der Bolschewisten dem Reformismus und der Konterrevolution Tür und Tor zu öffnen illustrieren. Am 12. Mai erschien ein Aufruf des ZK. der KP. Polens, wo die breiten Massen zum Kampfe Seite an Seite mit Pilsudski aufgerufen werden: „Der Platz der revolutionären Arbeiter ist aber in diesem Kampfe in den Reihen der Gegner der Regierung (!!) der Faschisten und Kapitalisten. Nieder mit der reaktionären Regierung (!!)! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!" Aus diesem Abschnitt des Aufrufs ist klar ersichtlich, daß die KP. Polens nur die Regierung als solche bekämpft, aber nicht die Ordnung, die die Grundursache des Elends der breiten Massen darstellt. Genau so wie in Deutschland nur die jeweiligen Regierungen, wie z. B. Cuno, Luther etc. bekämpft wurden, aber die Ordnung selbst, die famose Republik, kann unangetastet bleiben! Die Rettung aus der Not stellt in Deutschland wie in Polen die „Arbeiter- und Bauernregierung" dar. Besehen wir uns näher die Hauptforderungen der KP. Polens, dargelegt im Flugblatt vom 12. Mai. Hier ist der Strauß: 1. Fortführung der stillgelegten Betriebe unter Kontrolle der Arbeiterschaft; 2. entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zu Gunsten der armen Bauern; 3. völlige Freiheit für die unterdrückten nationalen Minderheiten; 4. Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen; 5. Entwaffnung der Reaktion (!!); 6. Bewaffnung der Arbeiterschaft; 7. Arbeiter- und Bauernregierung.

Die erste „Hauptforderung" läßt einen Marxisten geradezu sprachlos werden. Die Betriebe, die die Kapitalistenklasse Polens infolge Unrentabilität oder Absatzmangel stillgelegt haben, sollen unter der Kontrolle der Arbeiterschaft (!!) weitergeführt werden. Wenn das möglich wäre, so hätten doch die Kapitalisten diese Möglichkeit profitabel zu arbeiten nicht aus der Hand gegeben! Wenn es nach dem Wunsche der KP. Polens gehen sollte, so müßten die kontrollierenden Arbeiter vom Staate (vom bürgerlichen selbstverständlich) Zuschüsse bekommen, um die Betriebe weiter laufen zu lassen. Bestünde die Aussicht, vom Staate Gelder zu bekommen, so wären die Kapitalisten die ersten, die diesen Weg beschritten hätten. Wenn also die Betriebe stillgelegt werden, ist doch die absolute Sicherheit da, daß es im Rahmen der kapitalistischen Ordnung nicht anders zu machen geht! Denn von der Abschaffung der bestehenden Ordnung ist kein Sterbenswörtchen im Aufruf enthalten! Sie wollen doch nur die „reaktionäre Regierung (!!)" stürzen, nichts mehr! Wir sehen also, daß die „Hauptforderung" einen puren Unsinn darstellt!

Die zweite „Hauptforderung" ist eine geradezu konterrevolutionäre Forderung! Es bedeutet die Armee der Konterrevolution um das Vielfache zu verstärken, um die Unzahl von kleinen Grundbesitzern, die, wie es Rußland glänzend bewies, die grimmigsten Feinde des Kommunismus stellen. Waren es nicht immerfort die Klagen der Bolschewisten, die ihre Konzessionen und Rückzüge gegenüber dem Kapital mit dem Vorhandensein der 85 Proz.

*) Siehe KAZ. Nr. 40.

Das Ende einer Phrase

Anläßlich des Szenenwechsels im Kabinett Stresemann hat es das deutsche Kapital für notwendig gehalten, sowohl durch den „neuen" Kanzler als auch in einem Aufruf der „Deutschen Volkspartei", die Legende zu zerstören, daß mit diesem Personenwechsel irgendwelche Konzessionen verbunden wären an die Phrase: Fürstenenteignung durch Volksentscheid. Auch bezüglich der großen „Aktion" Severings läßt das Kapital keinen Zweifel darüber, daß diese Spielerei ihm wohl nicht schaden kann (im Gegenteil, das Kapital braucht den Kredit der Sozialdemokratie bei den Massen), daß es sich aber vorbehalten muß, in Zukunft diese „Streifzüge" je nach Bedarf selbst anzuordnen. Man muß gelesen haben, was die Herren für notwendig halten, von neuem zu betonen:

„Durch die kommunistische Hetzarbeit ist es dahin gekommen, daß das deutsche Volk am 20. Juni darüber entscheiden muß, ob den ehemals regierenden Fürstenhäusern ihr gesamtes Vermögen bis zum letzten Rest privaten Eigentums ohne Entschädigung weggenommen werden soll. Ein solches Verfahren würde gegen Moral, Recht und Verfassung verstoßen. Die Regierung hat auf unsere Forderung den Weg beschritten und den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches eine Vorlage unterbreitet, die eine ausreichende Wahrung der Allgemeininteressen ermöglicht. Im Reichsrat hat die unter sozialdemokratischer Leitung stehende preußische Regierung dieser Vorlage zugestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie den Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung ablehnt.

Der zur Volksabstimmung gestellte kommunistische Gesetzentwurf widerspricht der Verfassung, die den Schutz des Privateigentums verbürgt. Er widerspricht auch der Haltung, welche die Sozialdemokratie selbst in den Tagen der Revolution unter Führung Eberts eingenommen hat. Offen sprechen es die Kommunisten aus, daß mit den Fürsten nur der Anfang gemacht, daß die Konfiskation alles übrigen Eigentums einschließlich der Ansprüche auf Pension und Renten erfolgen soll. Die Enteignung soll der Anfang der neuen Revolution sein. Würde sich eine Mehrheit für den kommunistischen Gesetzentwurf ergeben, dann würden die Grundmauern unseres staatlichen Lebens zerstört, jede Ordnung untergraben, jede Kultur vernichtet. Unsere Parole lautet: Keine Beteiligung am Volksentscheid! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern!"

In einer weiteren Erklärung des Reichsausschusses der DVP. heißt es:

„Die Deutsche Volkspartei hat entsprechend ihrer Geschichte und Tradition stets in Wort und Tat jeden gewaltsamen Umsturz, jeden Putsch und alle illegalen Verbände entschieden verurteilt. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes, seine Wirtschaft und außenpolitische Geltung bedarf einer ruhigen und verfassungsmäßigen Entwicklung im Innern. Dieser Standpunkt ist so bekannt, daß der Reichsausschuß stärksten Einspruch erheben muß, wenn die preußische Staatsregierung bei den Führern und angesehenen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Haussuchungen wegen Verdachts des Hochverrats abhalten läßt."

Der „Vorwärts" benutzt diese Dokumente, um seinem Partner von links, der KPD., ins Stammbuch zu schreiben, daß angesichts dieser Sachlage es selbst für einen Sozialdemokraten undenkbar ist, daß den Herrschaften von der KPD. durch „Unbesonnenheiten" Vorwände geliefert werden, die zu Argumenten für die Aufrichtung einer offenen Diktatur dienen könnten. Nur jetzt Ruhe, Ruhe gerade jetzt und um jeden Preis! — Das ist der Inhalt der Einheitsfront. —

Der „Rote Frontkämpfertag" in Berlin verlief ruhig. Die Zentrale der KPD. hat sich dafür verbürgt, daß nirgends und in keiner Weise etwas polizeiwidriges geschieht. — **Die Erwerbslosenziffern steigen!**

So hofft man, mit den Parolen: „Für den Volksentscheid" und „Laßt Euch nicht provozieren" glücklich über den Sommer in den Winter zu kommen, während die Krise unaufhaltsam wächst. Die schreienden Ueberschriften in der „Roten Fahne" verkünden immer aufdringlicher diesen Kurs. Das Kapital jedoch erklärt nüchtern — das ist der Sinn obiger Dokumente: „Volksentscheid" — unseretwegen? Ueber die Stellung der Sozialdemokraten ist von uns schon früher bestimmt. Der Film kann ablaufen, ohne daß wir uns verpflichtet fühlen, auch nur einen Moment davon zu schweigen, daß der Prolet zu verrecken hat, wenn der Kapitalprofit es erheischt. Das Kapital erklärt frech und gottesfürchtig: Letzten Endes sind wir da, um ein Spiel zu unterbrechen, daß uns auch nur Unannehmlichkeiten bereiten könnte. **Das Kapital rollt offen auch hier die Machtfrage auf! Diktatur des Proletariats oder Diktatur des Kapitals steht auch hier klar und unzweideutig zur Entscheidung.**

„Nun erst recht Volksentscheid!" Diese Bankrottparole der „Roten Fahne" auf die klare Fragestellung des Kapitals zeigt, wie weit die KPD. auch in der Phraseologie davon entfernt ist, dem Proletariat in den kommenden Stürmen die unvermeidliche und notwendige Lösung zu vermitteln. Die „Rote Fahne" schwört Stein und Bein, daß die Enteignung der Fürstensippe kein Anfang zur Enteignung überhaupt sein soll, und erklärt offen, daß sie nicht gewillt ist, an den Grundmauern der kapitalistischen Ordnung zu rütteln. Sie erklärt jeden für einen Demagogen, der ihr eine solche Absicht unterschiebt. Sie hat sich damit zum Anreißer der Sozialdemokraten bekannt und den offenen Kampf für ihre Aufgaben eröffnet, die durch das Bündnis Stresemann - Kresinski vorgeschrieben sind.

Es wird nicht zu verhindern sein, daß die reformistische Ideologie sich erst nach der zusammengebrochenen ökonomischen Grundlage zu zersetzen beginnt. Die Krise des Reformismus ist zwar die logische Folge der Krise des Kapitalismus, aber die subjektive Einsicht hinkt lange hinter den tatsächlichen Ereignissen her. Mit allen Mitteln der Demagogie, der radikalen Phrase, des Appells an die Dummheit suchen die beiden sozialdemokratischen Parteien ihren Bankrott zu verdecken, die sozialdemokratische Blechmusik als revolutionären Donner hinzustellen. Aber es kann nicht gelingen.

Es darf auch nicht gelingen! Das revolutionäre Proletariat muß systematisch, unerschrocken, zielklar auf den Plan treten, um den Massen — die schon zu zweifeln beginnen — ihre historische Mission zum Bewußtsein zu bringen. Eine gefährliche Phrase fängt an, ihre Urheber zu entlarven. — Die Krise jedoch dauert fort, verschärft sich und demonstriert die ungeheuere Arbeit, die noch zu leisten ist, bis die proletarische Revolution die Grundlagen zerschlägt, auf der der Arbeiterbetrug gedeiht, wie Unkraut im ungepflügten Acker.